

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50515 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 11 / 17. Jahrgang

30. Mai 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Protest gegen „soziale Grausamkeiten“

Demonstration in Bonn am 15. Juni

Gegen die „sozialen Grausamkeiten“ von Kapitalistenverbänden und Bundesregierung entwickelt sich Widerstand. Viele zehntausend Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes legten in den letzten Wochen die Arbeit nieder. Erste Aktionen der Bankangestellten fanden statt und auch in Metallbetrieben wie Ford Köln gab es Arbeitsniederlegungen, angeheizt vor allem von den Regierungsabsichten zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Gleichzeitig hat die IG BAU erneut zu Demonstrationen mobilisiert, um Druck zu machen für den vom BDA abgelehnten Tarifvertrag über Mindestlöhne auf den Baustellen.

Die Regierungskoalition läßt dennoch keinen Zweifel, daß sie an ihren Kahl-schlagsplänen festhalten will. In der ersten Lesung der Gesetzentwürfe des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ am Donnerstag letzter Woche sprachen Politiker aus den Unionsparteien und der FDP von einer „schicksalhaften Debatte über die Modernisierung der Gesellschaft“. Soziale Ansprüche gegen die Wechselfälle kapitalistischen Wirtschaftens sind demnach unmögl. Relikte vergangener Zeiten – modern ist nur, was unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes“ verbessert. Die Bundesregierung sucht die Konfrontation, die Dienstherren prüfen rechtliche Schritte gegen die Streikaktionen im öffentlichen Dienst. Der Bundeskanzler hatte schon vorher an die Gewerkschaften appelliert, keine „Konflikte zu schüren“ und ihnen mit einer Niederlage gedroht.

Tatsächlich mußte zunächst die Bundesregierung eine Niederlage einstecken. Mit den Stimmen der SPD und „rot-grün“-regierten Bundesländer lehnte der Bundesrat am 22. Mai die Gesetze zur Reform der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes ab.

Auch in anderen Punkten hat die Bundesregierung überzogen. Die SPD ist zwar hin- und hergerissen zwischen den angeblichen Sachzwängen des Staatshaushaltes und des Wirtschafts-„Standortes“ einerseits und der Kritik aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen andererseits. Nachdem Vertreter der Gewerkschaftsvorstände auf einer Sitzung mit der Bundestagsfraktion erneut „eindeutige Positionen“ einforderten, beschwor SPD-Fraktionschef Schöningh jedoch den „Schulter-schluß“.

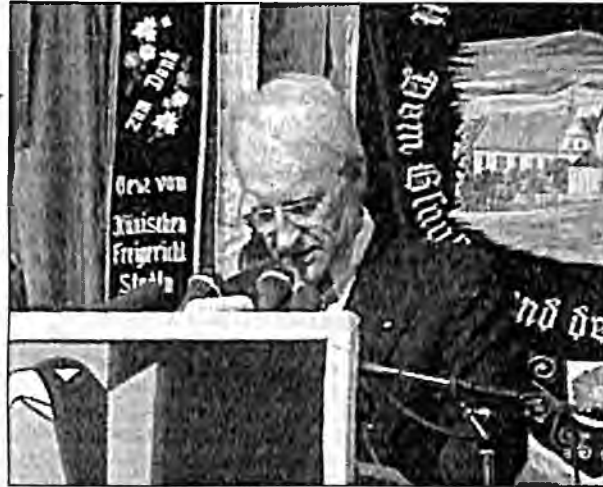
Die „Ungerechtigkeiten“ der Regierungspolitik sind so offensichtlich, daß sich selbst das *Handelsblatt* Gedanken macht, z.B. über die „Einheitlichkeit des deutschen Steuersystems“, das juristische Personen (also Firmen) gegenüber natürlichen Personen bevorzugt. Passend dazu teilte das Bundes-

wirtschaftsministerium mit, daß die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland 1995 sprunghaft anstiegen. Sie betrugen 48 Mrd. DM, 20 Mrd. DM mehr als im Jahr zuvor.

Der DGB ruft zu einer bundesweiten Demonstration am Samstag, 15. Juni, in Bonn auf. Einige ASten und Sozialhil-feinitiativen hatten den Termin schon vorher ins Auge gefaßt. Er liegt zu Beginn der Sitzungsperiode des Bundestages, in der die Regierungsentwürfe beschlossen werden sollen. Gleichzeitig hat vor allem die IG Metall in NRW zur Bildung von örtlichen Bündnissen gegen den sozialen Kahlschlag aufgerufen. Während Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Ratsparteien eingeladen werden, tun sich die Gewerkschaften schwer mit der Einbeziehung der Initiativen von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehern. Warum eigentlich übersieht der DGB die Selbsthilfebewegung immer wieder?

Es sollte möglich sein, daß sich gerade in den örtlichen Bündnissen die Kräfte des Widerstandes sammeln. Dazu muß die Diskussion um mögliche Haltepunkte gegen die Politik der Bundesregierung weitergeführt werden. Auch der DGB war schließlich im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ vor kurzem noch zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Die Ablehnung einer Lohnpolitik, die als „Nullkommafünf-Runde“ bei gleichzeitiger Streichung der Mehrarbeitszuschläge und der Lohnfortzahlung gerade die unteren Einkommen trifft, ist sicher ein Punkt. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Regulierung des Ladenschlußgesetzes und der Mindestlohn auf den Baustellen werden viele Menschen bewegen, auf die Straße zu gehen, nach Bonn zu fahren. Ebenso die Renten: Rentenberater der Sozialversicherungen können sich derzeit vor Anfragen kaum retten.

Erforderlich ist aber auch eine Diskussion um Alternativen zur Politik des sozialen Kahlschlages. Überlegungen dazu gibt es in allen drei Oppositionsparteien. Der Gesetzentwurf der PDS zur sozialen Grundsicherung gehört dazu. Die Forderung nach Mindestsicherung findet sich auch in der „Sozialstaatscharta“ des Sozialgipfels von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden Anfang Mai in Köln. Die gewerkschaftliche Diskussion hierüber bedarf der Fortentwicklung. (100f)



Eine Woche vor den tschechischen Parlamentswahlen verstärkten CSU- und Vertriebenenfunktionäre auf dem Pfingsttreffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ in Nürnberg (Bild: Stoiber) den Druck auf die tschechische Regierung: Diese solle die „Verbrechen bei der Vertreibung der Sudetendeutschen“ verurteilen und deren „Heimatrecht“ anerkennen. Die tschechische Regierung wies beide Anmaßungen zurück.

„Frieden jetzt“ für Kurdistan

Großdemonstration in Hamburg am 15. Juni

Ein Hamburger Bündnis „Frieden jetzt“ ruft zu einer großen Demonstration am 15. Juni auf unter den Losungen: „Frieden jetzt! Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes!“ auf.

In dem Aufruf heißt es: „Die türkische Regierung hat bei ihrem Amtsantritt vor einigen Wochen eine neue Kurdistan-Politik versprochen. Tatsächlich hat sie eine erneute Militäroffensive gegen die Menschen in den kurdischen Gebieten in der Türkei und in Irak eingeleitet. Hiergegen wird der Protest auch in der Türkei immer größer.“

– Am 21.4. demonstrierten Zehntausende in Istanbul für die Forderung „Frieden jetzt sofort“.

– Gleichzeitig starteten mehrere tausend Menschen in einem „Friedensexpreß“ von Istanbul in die kurdische Stadt Diyarbakir.

– Am selben Wochenende trafen sich ca. 100 kurdische und türkische Frauen, um gemeinsame Friedensaktivitäten zu beraten.

– Rund 300.000 Wehrpflichtige entziehen sich dem Kriegsdienst.

Die PKK hält den einseitig erklärten Waffenstillstand weiter aufrecht.

Die Bundesregierung unterstützt den

Kriegskurs mit Verboten von Veranstaltungen, Friedensdemonstrationen und kurdischen Organisationen, mit der Verschärfung der Ausländergesetzgebung und der Vorbereitung von Massenabschiebungen.

Die kurdische und die türkische Friedensbewegung brauchen dringend unsere Unterstützung. Deshalb setzen wir uns ein:

– für eine Änderung der deutschen

Türkeipolitik,

– für die Beendigung des Krieges,

– und für eine politische Lösung.

Wir rufen auf zu einer Demonstration auf der Basis des von mehr als 350 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneten Appells von Hannover ...“ Die Veranstalter erwarten 20.000 bis 30.000 Teilnehmer.

Der Aufruf wird unterstützt u.a. durch das Kurdistan Volkshaus; IG Medien, OV Hamburg; GAL Hamburg; Volkshaus der Türkei; PDS/LL LV Hamburg; Solidarische Kirche in Nordelbien; Gisela Wiese, Vizepräsidentin Pax Christi; Hüsnüye Ergün, Mitglied des SPD-Landesvorstands; AusländerInnenreferat Universität Hamburg; Vorstand der dju Hamburg; Handwerker und Mittelständler für den Frieden; Alevitisches Kulturhaus in Hamburg und Umgebung e.V.; Margret Sierts, Flüchtlingsbeauftragte Kirchenkreis Harburg; DKP Hamburg; VVN-BdA Hamburg; StudentInnenverband aus Kurdistan in Hamburg; Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung; Prof. Dr. Garweg, Vors. der Kurdistan-Hilfe; Arbeitsgruppe GewerkschafterInnen für Kurdistan, HBV, AstA Uni Bremen, Bündnis 90/Die Grünen LV Berlin und v.a.m.

Weitere Unterstützer/innen für den Aufruf werden gebeten, sich an das Bündnis „Frieden jetzt“, c/o GAL, Bahrenfelder Str. 244, 22765 Hamburg, Tel. 040-391578, Fax 040-3904662 zu wenden. Die Demonstration beginnt mit zwei Auftaktkundgebungen, jeweils 11 Uhr ab Karl-Legien-Platz (ZOB) und Platz der Republik, Altona. Schlußkundgebung: 13 Uhr, Moorweide. (rui)



Eine der zahlreichen Proteste gegen den Sozialabbau in den letzten Wochen: 23.000 Menschen demonstrierten am 22. Mai in Hamburg. (Bild: ros)

AKTUELL IN BONN**Keine Sozialhilfekürzung, kein Asylbewerberleistungsgesetz**

Die Mehrheit der Bundesländer hat im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat erstmals seit langer Zeit einen wichtigen Plan der Bundesregierung zu Fall gebracht. Mit ihrer Mehrheit im Vermittlungsausschuß haben die Länder die von Minister Seehofer geplante zweijährige „Einfrierung“ und Senkung der Sozialhilfesätze abgelehnt. Auch die von Seehofer eingebaute Formel über ein künftiges „Lohnabstandsgebot“ (Sozialhilfe ab 1999 mindestens 15% unterhalb des Lohnniveaus) wurde durch den Vermittlungsausschuß gekippt. Nicht anders ging es dem ebenfalls von Minister Seehofer vorgelegten „Asylbewerberleistungsgesetz“, das die Sozialhilfe für Asylbewerber auf ein noch menschenunwürdiges und niedrigeres Niveau als jetzt schon geltend senken wollte. Auch hier lehnte der Vermittlungsausschuß den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab. Minister Seehofer war darüber so empört, daß er öffentlich ankündigte, dann sollten die Kommunen eben die Mehrkosten tragen, die Regierungskoalition werde die Vorschläge des Vermittlungsausschusses ablehnen und damit seien die Gesetzentwürfe vom Tisch, und er werde in dieser Legislaturperiode auch kein Sozialhilfereformgesetz mehr einbringen.

Regierungsmehrheit wackelt beim Ladenschluß

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Deregulierung beim Ladenschluß und zur weiteren Ausdehnung der Nacharbeit in Bäckereien stößt weiter auf den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften. Das ist das Ergebnis einer Anhörung zum Gesetzentwurf am 20. Mai im Bundestag. Sowohl die HBV wie die DAG halten an ihrer schroffen Ablehnung des Gesetzes fest. Offenbar wächst unter diesem Druck der Gewerkschaften und der kleinen Einzelhändler, die die Deregulierung ebenfalls ablehnen, auch die Unsicherheit in der Regierungskoalition, ob alle Unions- und FDP-Abgeordneten dem Entwurf am Ende zustimmen werden. Die *Welt am Sonntag* verbreitet bereits, in der Koalition erwäge man als Rückzugslinie, am Samstag die Ladenöffnung weiter auf 14 Uhr zu begrenzen und „nur“ an den Werktagen von jetzt 18 Uhr auf 19.30 Uhr zu verlängern. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hirsken, vertritt diese Position. Mehr sei „nicht durchsetzbar“. Das wären immer noch erheblich längere Öffnungszeiten als etwa in Österreich und Dänemark. Das Wirtschaftsministerium Rexrodt protestierte und dementierte dagegen: Es gäbe kein „Wackeln“ beim Ladenschluß.

Telekom-Rabatte abgelehnt

Die EU-Kommission hat die von der Telekom zum Teil zum 1.1.1997, zum Teil sogar rückwirkend zum 1.1.1996 geplanten Rabatte bei den Telefongebühren für Großkunden - also Firmen - abgelehnt. Die Telekom hatte diesen Firmen zum Teil erhebliche Rabatte - 40 Prozent und mehr - gegenüber den für private Kunden erst kürzlich erhöhten Gebührensätzen anbieten wollen. Dagegen hatten u.a. sieben

Konkurrenten der Telekom geklagt, die sich durch diese Rabatte beim Geschäft mit Firmen behindert fühlten, die EU-Kommission hatte daraufhin in einem Memorandum an die Telekom vor diesen Rabatten gewarnt. Bundespostminister Bötsch will bis Mitte Juli über die geplanten Firmenrabatte entscheiden.

CSU will weiter Länderfusionen betreiben

Der CSU-Vorsitzende Waigel hat auf einer Sitzung des CSU-Vorstands am 20. Mai in München gefordert, trotz der Ablehnung der Länderfusion Berlin-Brandenburg in der Volksabstimmung am 5. Mai müsse die Zahl der Bundesländer weiter verringert werden. Länderfusionen seien vielmehr die Grundlage für einen „kraftvollen Föderalismus“. Waigel forderte, die bisher 16 Länder zu acht bis neun Bundesländern zu fusionieren. Die letztere Zahl orientiert sich an der Zahl der Landeszentralbanken, d.h. der „Länder“-Institute der Bundesbank, bei denen die Bundesländer ihre evtl. Kassenüberschüsse hinterlegen müssen und die über verschiedene Hebel das Finanzgebarren der Bundesländer schon jetzt an der kurzen Leine halten. Von diesen Institutionen der Finanzwirtschaft wird also wohl weiterhin starker Druck in Richtung Länderfusionen ausgehen. Anders, so Waigel, sei ein „schlanker Staat“ nicht zu erreichen.

IG BAU und Grüne für „ökologische Steuerreform“

Die Gewerkschaft BAU (Bauen, Agrar, Umwelt) hat ihre Unterstützung für die Positionen der Grünen im Bundestag zu einer „ökologischen Steuerreform“ erklärt. Ihr Vorsitzender Klaus Wieseberg sagte am 20. Mai bei der Vorstellung eines gemeinsamen Positionspapiers, auch die IG BAU trete für eine Erhöhung der Energiesteuern und damit verbunden höhere Zuschüsse zu den Sozialversicherungen ein, das würde auch die Arbeitskosten senken. Die IG BAU unterstütze auch die Forderung der Grünen, Bahnstrecken stärker auszubauen als Autobahnen. Laut Wieseberg würden beim Autobahnbau nur die Maschinenparks von wenigen Großfirmen ausgelastet, beim Bahnbau dagegen könnten noch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die IG BAU will sich auch gegenüber der SPD und auf dem DGB-Bundeskongress für diese Positionen einsetzen.

Was kommt demnächst?

Der Bundestag wird erst am 12. Juni zu seiner nächsten Sitzung zusammentreten. Am 3./4. Juni tagen in Berlin die Außenminister der NATO zur sog. „NATO-Frühjahrstagung“, auf der u.a. über die Bildung „multilateraler Einsatzstreitkräfte“ der NATO beschlossen werden soll. Am 13. Juni beraten die Ministerpräsidenten und die Bundesregierung über das geplante „Multimediasgesetz“. Am 15. Juni sind zwei große Demonstrationen geplant: In Bonn demonstrieren Gewerkschaften u.a. gegen den Sozialabbau, in Hamburg findet eine große Demonstration für Frieden und eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts statt. Am 21./22. Juni tagt in Florenz der „europäische Rat“.

Gegen die NS-Tradition der angeblich „normativen Tätertypen“**Bündnis 90/Die Grünen fordern Diskussion um die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe**

Anläßlich der Einbringung einer kleinen Anfrage „Vollzug der lebenslangen Freiheitsstrafe und Reform der Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch“ erklärte Volker Beck, rechtspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag:

Wir starten heute eine erste parlamentarische Initiative zur Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe. In einer kleinen Anfrage stellen wir die gegenwärtige Praxis der lebenslangen Freiheitsstrafe auf den Prüfstand, hinterfragen ihren rechtsstaatlichen und menschlichen Hintergrund und mahnen eine Reform des Mordtatbestandes an. Die unselige nationalsozialistische Tradition normativer Tätertypen sollte dringend überwunden werden.

Wir treten ein für einen menschenwürdigen Strafvollzug. Diese Forderung macht auch vor denen nicht halt, die schwerste Schuld auf sich geladen haben und zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt wurden. Gegenüber einer hohen zeitigen Freiheitsstrafe bringt diese äußerste Strafnorm für die Opfer der Straftat bzw. deren Angehörige kein „Mehr“ an Gerechtigkeit. Auch der Gesellschaft nützt sie nicht. Es ist nicht belegbar, daß der lebenslangen eine größere generalpräventive Wirkung als einer langen zeitigen Freiheitsstrafe zukommt. Sie schadet aber den Tätern, indem die Ungewißheit über die tatsächliche Vollstreckungsdauer diese jeglicher Lebensperspektive beraubt. Einer Schuldauflösung ist sie nicht dienlich, doch dem Anspruch auf Resozialisierung steht sie fundamental entgegen.

Die Diskussion über die lebenslange Freiheitsstrafe darf nicht, wie in der Vergangenheit häufig geschehen, allein auf emotionale Weise geführt werden. Es wird - insbesondere seitens der Regierungsparteien - in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob eine ultimative Reaktion möglich und zulässig wäre. Daß dies nicht der Fall ist, steht aber spätestens seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahre 1977 fest und ist auch der Bundesregierung bekannt.

Wir wollen deshalb versuchen, die Diskussion auf eine rationale Grundlage zu stellen. Wir verlangen Auskunft zur durchschnittlichen Verbüßungszeit von zu „lebenslanger Haft“ Verurteilten, der Wiederverurteilungsrate von aus dieser Freiheitsstrafe entlassenen Straftätern sowie zu Anwendungsproblemen in der Strafrechtspraxis.

Oft wird die Beibehaltung und Vollstreckung der lebenslangen Freiheitsstrafe mit ihrer spezialpräventiven Wirkung auf den einsitzenden Täter begründet. Kurz: Wer weggesperrt ist, kann nicht erneut die Öffentlichkeit mit Straftaten gefährden.

Deshalb bleibt festzuhalten: Auch nach Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe besteht die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung von gefährlichen Tätern oder die Einweisung psychisch kranker Straftäter in geschlossene psychiatrische Kliniken. Diese Maßnahmen begründen sich jedoch in der Sicherheit der Öffentlichkeit und nicht in der Sühne für eine Straftat.

(Pressemitteilung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Bonn, 17.5.96)

Kampagne „Beschleunigungsgesetze stoppen!“**BUND, BBU, Kritische Aktionäre, Robin Wood u.a. gegen Deregulierung industrieller Genehmigungsverfahren**

„Die Bundesregierung plant in skandalöser Vorgehensweise die „Beschleunigung“ industrieller Genehmigungs- und Planverfahren. Vom Kabinett wurde dazu ein ganzes Gesetzespaket vorgelegt, das weitreichende Einschnitte in die momentane Rechtslage vorsieht. Bürgerrechte und Umweltstandards sollen massiv beschnitten werden. Zugunsten der Industrie und zum Nachteil von Demokratie, Ökologie und Anlagensicherheit. Im Hauruckverfahren soll das Gesetzespaket noch vor der Sommerpause durch den Bundestag gepeitscht werden. Die Verabschiedung würde Errungenschaften der letzten 30 Jahre per Federstrich zunichte machen.“

Das schreibt eine Kampagne „Beschleunigungsgesetze stoppen“, die unterstützt von Grünen, PDS und Umweltverbänden u.a. mit einer bundesweiten Protest-Postkartenaktion den Widerstand gegen diese Gesetze dokumentieren will. In einem Flugblatt kritisiert die Kampagne u.a.:

„Unter dem Vorwand einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen die im Grundgesetz verankerten Rechtsansprüche der Bevölkerung auf Gesundheit und damit der Schutz vor Umwelttrisiken noch stärker mißachtet werden. Begründet wird dies mit der Absicht, die „stan-

dortbedingten Nachteile“ Deutschlands im weltweiten Wettbewerb ausgleichen zu müssen. Die drei von der Bundesregierung am 11.1.1996 eingebrachten Artikelgesetze sehen u.a. vor:

- Die Errichtung umweltbelastender Vorhaben ohne spezielle Genehmigungs- und Umweltverträglichkeitsprüfungen werden weitgehend weggelassen.

- Eine Mißachtung des Rechts auf Leben und Gesundheit sowie des Gebots der Verfahrensfairneß gegenüber den betroffenen Anwohnern z.B. von Chemieanlagen und Atomkraftwerken durch die massive Bevorteilung von Investoren und Behörden im Verfahren und vor Gericht, u.a. durch Wegfall der aufschiebenden Wirkung von Klagen.

- Eine Umfunktionierung der Genehmigungsbehörde zu einseitigen „Dienstleistern“ für Investoren, so daß sie ihrer Pflicht zum Schutz der Bevölkerung nicht mehr nachkommen können. (...)
- Neuartige Müllverbrennungsanlagen (deklariert als Forschungs- und Entwicklungsanlagen) ohne spezielle Genehmigung zu betreiben. (...)

Unterzeichner: Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, BUND, Coordination gegen Bayer-Gefahren, Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre, Naturschutzbund Deutschland (NABU), Robin Wood, Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. Protestpostkarten, Flugblatt u.a. Infos: BUND NW, D. Weibrecht, Graf-Adolf-Str. 7-9, 40785 Ratingen, Tel. 02102-910620. (rll)



ÖTV-Tarifstreit: „Wir lassen uns nicht abkanthern!“

Die Zeit der Schlichtung will und muß die ÖTV zur Vorbereitung des Streiks nutzen

260.000 Beschäftigte nahmen in den letzten zwei Wochen nach ÖTV-Angaben an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst teil. Beschäftigte aus allen Bereichen beteiligten sich an den Streikundgebungen. Auch nachdem die Verhandlungen für gescheitert erklärt, die Schlichtung angerufen war und somit Friedenspflicht herrschte, kam es weiterhin zu Arbeitsniederlegungen. In NRW legten 25.000 Beschäftigte aus Protest gegen die provokative Arbeitgeberofferte den Nahverkehr erneut für Stunden lahm. In Baden-Württemberg und Berlin demonstrierten Müllarbeiter.

Nicht Nullrunde, Lohnsenkung!

Das tarifpolitische Ziel der öffentlichen Arbeitgeber beschränkt sich keineswegs auf die von ihnen propagierte Nullrunde. Ihr Angebot, bei einer Laufzeit von 20 Monaten für das erste Jahr eine Einmalzahlung im Volumen von 0,5% zu vereinbaren und für die restlichen acht Monate Löhne und Gehälter um 1% zu erhöhen, wollen sie durch Abbau anderer Tarifleistungen derart kompensieren, daß die Einkommen der Beschäftigten unter dem Strich zwischen 10 und 15% gekürzt würden. So sollen u.a.:

- die 1985 als Arbeitszeitverkürzung vereinbarten 2 freien Tage im Jahr gestrichen werden;
- das Weihnachtsgeld soll bis 1999 auf

dem Niveau von '93 eingefroren werden;

- die Bezahlung von Überstunden soll erschwert werden;
- die Ausbildungsvergütungen für in 1996 und 1997 beginnenden Auszubildungsverhältnisse sollen um 5% gekürzt werden (dafür machen die öffentlichen Arbeitgeber die vage Zusage, 5% mehr Ausbildungsplätze anzubieten).

Anstatt die Osteinkommen (derzeit 84 % des Westtarifs) dem Westniveau anzugleichen, wollen die Dienstherren mit dem niedrigeren Osttarif den Westtarif unter Druck bringen. Deshalb rückt die Frage des Osttarifs immer deutlicher ins Zentrum der tarifpolitischen Auseinandersetzung – nicht nur für die ost-deutschen Beschäftigten.

Kanther versucht Einbruch bei der Lohnfortzahlung

Bestimmend für diese Tarifaufeinander- setzung ist der Versuch Kanthers, die Politik der Bundesregierung tarifpolitisch abzusichern. So verlangte er, daß für die Tarifbestimmungen, die die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall regeln, gesonderte Kündigungsmodalitäten vereinbart werden, um nach Verabschiedung des Entgeltfortzahlungsgesetzes die Verschlechterungen unmittelbar auf den öffentlichen Dienst übertragen zu können.

Die Bundesregierung hat darauf spekuliert, daß gerade die Beschäftigten

des Öffentlichen Dienstes und ihre Gewerkschaften nicht die moralische Kraft aufbringen würden, dieser Bundesregierung die Stirn zu bieten. Sie hat darauf gesetzt, mit der Propaganda von leeren Haushaltskassen, von scheinbar sicheren Arbeitsplätzen und von Privilegien, die sie ihren Statthaltern gewährt, die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten von den Beschäftigten der anderen Branchen zu isolieren.

Die Einbeziehung der Entgeltfortzahlungsproblematik in die Tarifaufeinander- setzung im Öffentlichen Dienst hat jedoch zu einer bisher nicht dagewesenen Solidarisierung der anderen DGB-Gewerkschaften mit der ÖTV geführt. Das geplante Einfallstor läuft Gefahr, zum Selbsttor zu werden. Peter Thelen kommentiert im *Handelsblatt* das Scheitern der Tarifverhandlungen: „Die Bundesregierung ist in der Gefahr, sich bei dem Großunternehmen zu verheben, das sie zur Sanierung der Staatsausgaben und der Haushalte der Sozialversicherung in Angriff genommen hat. Und dies nicht deshalb, weil ihr Sparpaket, zu dem auch eine Nullrunde im Öffentlichen Dienst gehört, unvernünftig oder in der Substanz unakzeptabel wäre. Im Gegenteil. Das Problem der Bundesregierung ist einzig und allein, daß sie sich vorgenommen hat, ihr Sparpaket in einer offenen Konfrontation mit den Gewerkschaften durchzusetzen, die sie mit der Ankündigung

eingeleitet hat, die gesetzliche Lohnfortzahlung zu kürzen.“

Die Warnstreiks haben auch die so- wieso vorhandenen Risse im Arbeitgeberlager zwischen Bund, Länder und Gemeinden deutlicher werden lassen. Der Vorsitzende der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), der Kölner Oberstadtdirektor Lothar Ruchmeier (SPD) „beklagte, daß die Tarifverhandlungen durch die Bonner Konflikte um das Sparpaket belastet würden. Die Kommunen sind mit der Linie von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) nicht einverstanden, die von der Koalition beschlossene Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in die Tarifverhandlungen einzubringen. Ruchmeier betonte, daß die geplante Kürzung der Lohnfortzahlung nicht 'primäres Thema der kommunalen Arbeitgeber' sei. Die Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst seien nicht 'Vollstrecker' der Bonner Sparpläne“ (*Handelsblatt*, 21.5.1996)

Trotz dieser Entwicklung der Tarifauf- einander- setzung besteht kein Grund, auf einen akzeptablen Schlichtungs- spruch zu hoffen. 1992 hatten die öf- fentlichen Arbeitgeber den Schlichtungs- spruch abgelehnt und die ÖTV streikte für die tarifliche Vereinbarung des Schlichtungsergebnisses. Dies wird aller Voraussicht nach in diesem Jahr anders werden. Die ÖTV müßte gegen das Schlichtungsergebnis in den Streik.

Umso wichtiger ist es, die Zeit der Schlichtung intensiv zu nutzen und den inhaltlichen Einigungsprozeß voranzutreiben, damit die Streikziele klar um- rissen sind. Die Diskussion spitzt sich darauf zu, keinerlei Verschlechterungen zuzulassen, insbesondere nicht bei der Entgeltfortzahlung, und einen klaren Zeitplan für die Angleichung der Osteinkommen zu vereinbaren. Da der Abschluß trotz Streik aber kaum Ein- kommensverbesserungen bringen wird, die die erlittenen Reallohnverluste aus- gleichen werden, ist auch eine verlän- gerte Laufzeit nicht akzeptabel.

Am 11. Juni ist die Einigungsempfe- hung den Tarifvertragsparteien zuzu- stellen. Am 14. Juni wäre die Schlichtung nicht im beiderseitigen Einvernehmen um eine Woche verlängert wird. Dage- gen sollten unbedingt Beschlüsse an Hauptvorstand und Tarifkommission gerichtet werden, da es der Demonstra- tion gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn sicher gut tun wird, wenn die ÖTV nicht mehr in der Friedenspflicht ist. In der letzten Juni-Woche wäre dann die Urabstimmung möglich, Streikbeginn könnte am 1. Juli sein. (kar)

Bericht von den Tarifver- handlungen am 22./23. Mai

Am 22.5. begannen die Verhandlungen mit einer 30minütigen Sondierung, in der die Arbeitgeber sich wegen öffentlicher Äußerungen der Verhandlungs- führer genötigt sahen „klarzustellen“, daß es unter ihnen nur „Mißverständ- nisse“, aber keine Meinungsverschie- denheiten gäbe. Trotzdem blieb es bei ständiger Verzögerung der Termine wg. „internen Abstimmungsbedarfs“ im Arbeitgeberlager. Sie erklärten dann, daß sie bei ihrem Katalog zum Abbau tariflicher Leistungen blieben.

In der 2. Sondierung konnten sie sich ein Angebot „über der Null-Linie“ vor- stellen, wenn die ÖTV ihre Katalogfor- derungen akzeptiere, die sie gebets- mühenartig wiederholten, dabei aller- dings so viele sachliche Ungereimthei- ten einbauten, daß sich eine paritätische Expertenrunde mit Einzelheiten befassen mußte.

Am Abend wurde die Große Tarif- kommission über den bisherigen Ver-

handlungsstand informiert. Die Dis- kussion ergab eine deutliche und er- freulich einmütige Absage an jede Form von Lohnsenkung, Arbeitszeit- verlängerung und Verschlechterung bei der Lohnfortzahlung im Krank- heitsfall. Die Angleichung Ost wurde nicht mehr diskutiert als karitative So- lidarität der West-Kollegen, sondern als politisch unverzichtbare Maßnah- me gegen die Abbaubestrebungen der Arbeitgeber, die die Angleichung des Westens an den Osten fordern. Die po- litische Bedeutung wurde noch klarer, als aus dem Bezirk Brandenburg be- richtet wurde, daß das Land die 100 Prozent nur für den Fall der Fusion ver- sprochen hatte!

In der Nacht unterbreiteten die Ar- beitgeber dann mündlich ein Angebot, das sie noch in derselben Nacht wegen Ablehnung der ÖTV wieder zurückzo- gen: Eine minimale lineare Erhöhung ohne soziale Komponente und ohne Angleichung Ost und Forderungen aus ihrem Katalog, die materiell ein Minus von ca. 10 % gebracht hätten!

Am 23.5. erklärten die Arbeitgeber Verhandlungsbereitschaft in allen Punkten und unterbreiteten nach „in- terner Abstimmung“ ihr „Angebot“ samt einer provokanten „Erklärung“ zu den leeren Kassen und den ange- blich sicheren Arbeitsplätzen im Öffent- lichen Dienst. Beim Wort genommen, stellte sich natürlich heraus, daß sie nur innerhalb der von ihnen angenom- menen Grenzen hin- und herschieben, aber in den grundsätzlichen Begehr- lichkeiten keinen Millimeter rücken wollten. Innenminister Kanther erklä- te dann für den Bund in ausdrücklicher Abgrenzung zu den beiden anderen Verhandlungsführern, die in Bonn be- schlossene neue Politik der Deregulie- rung und Flexibilisierung werde von ihm jedenfalls nicht bei erster Gele- genheit über Bord geworfen, sondern muß in Tarifverträgen umgesetzt wer- den.

Die Große Tarifkommission beschloß einstimmig das Scheitern der Ver- handlungen und die Einleitung des Schlichtungsverfahrens. (brg)

Grüne gg. NATO-Osterweiterung

Der „Länderrat“ von Bündnis 90/Die Grünen lehnte am 11./12. Mai in Erfurt mehrheitlich die NATO-Osterweiterung ab. Hier Auszüge aus dem Beschluß:

Das Ende der Blockkonfrontation bietet die Chance, die früheren Ost-West-Beziehungen auf eine neue Grundlage der Kooperation und Partnerschaft zu stellen. (...) An die Stelle zweier Verteidigungsbündnisse kann eine neue kooperative Sicherheitsarchitektur treten, die den Raum zwischen Vancouver und Wladiwostok umfaßt. Sie führt die Integration der europäischen Staaten und das transatlantische Verhältnis fort und stiftet den Brückenschlag zu den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Insbesondere mittel- und osteuropäische Staaten artikulieren das Interesse, nach dem Herauslösen aus dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe in die Institutionen der „westlichen“ Politik aufgenommen zu werden. Dieser Wunsch ist verständlich und legitim und muß Berücksichtigung finden. (...) Die Gefahren der NATO-Osterweiterung sollten deshalb mit polnischen, tschechischen, ungarischen u.a. Gesprächspartnern diskutiert werden. Ziel der Gespräche muß das Konzept einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur sein. (...) Als entscheidender praktischer Schritt (...) ist deshalb – nach einer Phase der engen Assoziation – die schrittweise Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten in die Europäische Union anzustreben. (...)

Die OSZE als Regionalorganisation der Vereinten Nationen umfaßt als einzige sicherheitspolitische Organisation alle Staaten Europas und der nordatlantischen Region. (...) Die weitere Institutionalisierung und Verrechtlichung der OSZE und der Ausbau ihres Sicherheitsforums zum politischen Zentrum der gesamteuropäischen und transatlantischen Sicherheit, das auch Funktionen eines Sicherheitsrates wahrnehmen kann, stehen auf der politischen Tagesordnung. (...)

Auf der NATO-Frühjahrstagung droht der Aufbau einer Blockade. So hat Frankreich vor kurzem einen Vorschlag zur Bildung eines europäischen Generalstabes im Rahmen der NATO und zur militärischen Kräfteprojektion durch eine europäische, multinationale Interventionstruppen in strategischen Regionen mit Bodenschätzen wie Erdöl oder „ökologischen Reichtümern“ (wie Wasser) gemacht. Danach soll die NATO schrittweise zu einem Instrument globaler Großmachtpolitik umgebaut werden. Wesentliche Elemente dieser französischen Vorschläge sind nun in das Konzept der Bildung sogenannter „Combined Joint Task Forces“ eingegangen (...)

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung deshalb auf:

– sich auf der NATO-Tagung in Berlin gegen die geplante Schaffung der „Combined Joint Task Forces“ (CJTF) (...) einzusetzen.

– sich gegen die Ausweitung der NATO über ihre bisherigen Ostgrenzen hinaus einzusetzen (...)

– die Integration der mittelosteuropäischen Staaten in die EU mit größtem Nachdruck zu betreiben ...

– ausdrücklich die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsgemeinschaft auf Grundlage des Ausbaus der OSZE zu einem vorrangigen Ziel der deutschen Außenpolitik zu erklären und entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg!

Dokumentiert: Der Aufruf des Bündnisses gegen die NATO-Tagung am 3./4. Juni in Berlin

Am 3. und 4. Juni tagt im Hotel Interconti in Berlin der Ministerrat der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten. Mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts kann sich die NATO ganz auf Expansion und „Wohlstandsverteidigung“ vor der weltweiten Armut konzentrieren. Zentrales Thema der Tagung wird die geplante NATO-Osterweiterung und der Ausbau des sogenannten „Europäischen Verteidigungspfeilers“ sein. Gerade Deutschland wird dabei versuchen, seine neue Rolle als Großmacht in Europa auszubauen und auch innerhalb der NATO abzusichern. Ihre Politik der „Wohlstandsicherung“ bedeutet für einen Großteil der Weltbevölkerung Hunger, Krankheit, Krieg und Tod. Daher wollen wir am 3. Juni unseren Widerstand gegen die NATO-Tagung auf die Straße tragen.

Trotz formaler Unabhängigkeit sind die Staaten der ehemaligen Kolonien im Trikont bis heute von den NATO-Staaten wirtschaftlich abhängig und auf Kredite der nordatlantischen Banken, vertreten durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank, angewiesen. (...) Die Auswirkungen sind bekannt: Hunger, Krankheiten, Umweltkatastrophen und Kriege. Aus diesem Machtverhältnis resultiert der Wohlstand, dessen militärische Absicherung sich die NATO-Staaten auf die Fahne geschrieben haben und der hier mit rassistischer Asylgesetzgebung und Brandsätzen auf Flüchtlingsheime verteidigt wird.

Organisierter Widerstand gegen diese Verhältnisse sieht sich mit der Machtmachinery der NATO konfrontiert. In der Vergangenheit kam es insbesondere im Trikont immer dort zu Interventionen, wo sich demokratische Strukturen herausbildeten und sich einzelne Staaten aus der wirtschaftlichen Umklammerung der Metropolenstaaten zu lösen versuchten. So unterstützten die NATO-Staaten lange Zeit die Regime in El Salvador, Chile, Argentinien und Taiwan oder die Diktatur der Apartheid in Südafrika. Der zweite Golfkrieg 1991 wurde zum Testfall für die Politik der nordatlantischen Staaten: Um sich den ungehinderten Zugriff auf das Öl der kuweitischen Diktatur zu sichern, führten die USA und ihre nordatlantischen Verbündeten einen Krieg gegen die irakische Zivilbevölkerung.

Osterweiterung

Das einzige Gegengewicht bildeten bis 1990 die realsozialistischen Staaten mit einem eigenen Wirtschafts- und Militärverbund (RGW und Warschauer Pakt). Mit dessen Zusammenbruch hat sich der Spielraum der NATO-Staaten erheblich erweitert. Nun sollen zumindest die meisten osteuropäischen Staaten NATO-Mitglieder werden. Ziel der NATO ist es, diesen Ländern das militärische Potential für eventuelle Ausbruchversuche durch Integration zu nehmen. Als wirtschaftliche Entsprechung dient die Osterweiterung der EU. Gerichtet ist diese Politik vornehmlich gegen Rußland, das politisch und militärisch geschwächt werden soll.

„Wir Deutsche müssen wieder eine Großmacht werden“

kündigte Bundeskanzler Adenauer schon 1951 als das vorrangige Ziel deutscher Außenpolitik an. Mit der Annexion der DDR ist die BRD zur wirtschaft-

lich und politisch stärksten Zentralmacht in Europa geworden. Ideologisch begleitet durch die geschichtliche Revivierung der Verbrechen des deutschen Faschismus und seiner Wehrmacht rüstet sich die BRD wieder zu einer „Außenpolitik ohne Verkrampfungen“ (Bundespräsident Herzog). Als oberstes militärisches Ziel gilt es, „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den ungehinderten Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ (Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundeskriegsministeriums) abzusichern.

Volksgruppenpolitik

Mit Öffnung der osteuropäischen Märkte war das deutsche Kapital vor allem in Polen und Tschechien eines der ersten, das zugriff. Flankiert wird die Ostexpansion von einer aggressiven Volksgruppenpolitik. Wiederholt hat Außenminister Kinkel die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens angezweifelt, die die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, Tschechoslowakei und Ungarn vorsah. Das Ziel ist, den „Raub an deutschem Eigentum“ (Vertriebenen-Funktionär und CDU-Politiker Hupka) rückgängig zu machen.

Deutschland marschiert wieder

Um die wirtschaftliche Expansion militärisch zu sichern, wird Deutschland die Osterweiterung der NATO bei der Ministerratstagung forcieren. Daneben wird Deutschland den Ausbau der „europäischen Verteidigungsidentität“ innerhalb der NATO fordern, um „maßgeblicher Ordnungsfaktor des Kontinents zu sein. Ohne eine solche Weiterentwicklung könnte Deutschland aus eigenen Sicherheitsinteressen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europas allein und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen“, drohen die CDU-Strategen Schäuble/Lamers.

Auf dem Weg zur Kriegsfähigkeit wird das Militär völlig umstrukturiert. Neben dem Wehrpflichtigenheer wird eine weltweit interventionsfähige Berufsmarine aufgebaut – die sog. Krisenreaktionskräfte. Erste Feldversuche werden derzeit am Balkan unternommen. Auf eigene Nuklearwaffen wird zumindest vorerst noch verzichtet. Aber mit dem Bau des Atomreaktors Garching II wird die BRD die Kontrolle über atomwaffenfähiges Plutonium haben und jederzeit mit dem Eigenbau von Nuklearwaffen drohen können. So bot die französische Regierung prompt an, Deutschland unter das Dach einer „konzertierten atomaren Abschreckung“ zu holen. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Karl Lamers forderte, das Angebot „positiv zu beantworten“.

NATO-Achse BRD-Türkei

Während die NATO ihre Interventionspolitik mit Phrasen von „Humanität“ und „Demokratisierung“ zu verkaufen sucht, zeichnen die Zustände innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten ein anderes Bild. So hat beispielsweise die BRD innerhalb des Bündnisses eine Partnerschaft mit dem türkischen Staat – einem traditionellen Kompagnon deutscher Großmachtpolitik – übernommen. Der türkische Militärputsch von 1980 wurde von gleichzeitig stattfindenden NATO-Manövern flankiert. Waffenlieferungen,

die nachweislich im Vernichtungskrieg gegen die KurdInnen eingesetzt werden, sowie die Ausbildung türkischer Terrorkommandos durch den Bundesgrenzschutz sind Bestandteil dieser Partnerschaft. Auch innenpolitisch geht die BRD gegen die derzeit „größte Gefährdung der inneren Sicherheit“ (Ex-General Schönbohm, Berliner Innenminister) vor. Der Grund ist: 500.000 KurdInnen allein in der BRD sind ein gesellschaftlicher Faktor. Ihre Massenaktionen heben die Trennung auf zwischen einem Befreiungskampf fern der europäischen Metropolen und dem politischen Alltagsgeschäft in Deutschland. Seit November 1993 wird die kurdische Bewegung in der BRD mit einem umfassenden Organisationsverbot angegriffen. Informationsveranstaltungen werden verboten und aufgelöst, hunderte von angeblichen PKK-Aktivisten mit Verfahren überschüttet und abgeschoben, und unter dem Vorwand des Zeigens verbotener Symbole ganze Demonstrationen mit Brachialgewalt angegriffen und zerschlagen. Als im Juni 1994 der 16-jährige Kurde Halim Dener von deutschen Polizisten in Hannover erschossen wurde, titelte die türkische Regimegazette „Hürriyet“ mit „Bravo Deutschland“. Auch auf anderer Ebene bewährt sich die deutsch-türkische Regierungsfreundschaft: Abgeurteilte KurdInnen sollen ihre Strafe nicht mehr in der BRD absitzen, sondern werden in die Türkei abgeschoben, wo sie Folter und Tod erwarten. Die CDU/CSU-Begründung für die faktische Wiedereinführung der Todesstrafe: Dies habe einen größeren „Abschreckungseffekt“ zur Folge.

Weg mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen!

Ruhe an der Heimatfront

Die Militarisierung wird auch auf innenpolitischer Ebene vorbereitet. Die Militarisierung des Alltagslebens nimmt immer stärkere Ausmaße an, mit öffentlichen Paraden und Gelöbnissen wird die Bevölkerung an die Kriegspolitik gewöhnt. Antimilitaristische Gruppen werden verstärkt kriminalisiert. Mit der Einführung des „Ehrenschatzes für Soldaten“ soll künftig jeder Widerstand gegen den Kriegskurs zerschlagen werden. (...) Die Orientierung der Bundeswehr an Traditionen der faschistischen Wehrmacht wird vehement verteidigt. Die „Wehrmacht hat im zweiten Weltkrieg ehrenhaft gekämpft“, meint beispielsweise Karl Lamers. Auch ansonsten wird innenpolitisch aufgerüstet (...)

Auf zur Demonstration gegen die NATO-Tagung am Montag, den 3. Juni 1996, 17 Uhr, Adenauerplatz, Berlin.

Zur Demonstration rufen auf:

AGIP, AG Junge GenossInnen in und bei der PDS, AG Schöner Wohnen, Antifa-Jugendfront, Anti-NATO-Gruppe, Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO), Antirepressionsbüro, ASTA FU, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband, DKP Berlin, FARA (organisiert in der AA/BO), Hummel-Antifa, JungdemokratInnen/Junge Linke, Jugend-Antifa Friedrichshain, Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kommunistische Plattform der PDS, No es facit e.V., Ökoli, RAI (organisiert in der AA/BO), Redaktion vier, Rote Söckchen, RUFF.

(Aus Platzgründen wurde der Aufruf von der Redaktion an den mit (...) gekennzeichneten Stellen gekürzt)

„US-amerikanische Wirtschaftspolitik in Afrika“

Bericht an den Kongreß. Die Armut des Kontinents schützt nicht vor der Ausplünderung des Mehrprodukts

Die Interessen der Imperialisten in der sogenannten Dritten Welt haben sich wenig geändert; aber sie sind nach wie vor aktuell und werden von Zeit zu Zeit an den neueren Sprachgebrauch angepaßt, damit es auch nicht zu sehr auffällt. Dennoch ist klar, daß ökonomischer Profit, nationale Priorität und – wo notwendig – klare machtpolitische Durchsetzung immer noch die tragenden Prinzipien der amerikanischen Interessenspolitik bestimmen.

Eine moderate Handels- und Entwicklungspolitik wird im letzten Bericht vor dem US-Kongreß dokumentiert, der am 1.2.96 vorgelegt worden war. Die ersten Reaktionen vom Kongreß und von NGO-Gruppen zeigen, daß hiermit im wesentlichen eine Zusammenfassung der bisherigen politischen Programme vorgelegt wurde, verbunden mit einer unkritischen Übernahme von fragwürdigen strukturellen Einstellungen. Damit wurden erneut die kritischen Punkte in der Schuldenfrage Afrikas umgangen.

In dem vorgelegten Bericht wird dargestellt, wie die USA ihre Politik gegenüber den 48 afrikanischen Staaten südlich der Sahara fortsetzen wollen. Die zunehmenden Wachstumsraten, so heißt es dort, würden nicht allein die Region in politischer und finanzieller Hinsicht stabilisieren, sondern auch die Möglichkeiten der US-Geschäftswelt und ihrer Investoren erweitern und damit mehr Arbeitsplätze in den USA bringen. Um die Möglichkeiten für Partnerschaften zu vergrößern, und zwar sowohl für die afrikanischen Projekte als auch für die us-amerikanischen Interessen, entwickelt diese Politik ein Szenario, welches eine „freundliche“ Umgebung für die Förderung des Handels, der Investitionen und anhaltende Entwicklung schaffen soll. Um den vielfältigen Herausforderungen für die afrikanische

Entwicklung zu begegnen, eröffnet die Politik in diesem Bericht fünf Zielvorstellungen: – die Liberalisierung des Handels und seine Erweiterung; – Liberalisierung der Investitionen; – Entwicklung des privaten Sektors; – Ausbau der Infrastrukturmaßnahmen; – ökonomische und gesetzliche Anpassungsmaßnahmen;

Der Bericht gibt eine Zusammenfassung dieser Vorstellungen und richtungsweisende Ansätze. Daneben eröffnet die Administration einen größeren Dialog mit interessierten Gruppierungen in Afrika und den USA, um dadurch die zukünftige Rolle der USA in Afrika zu festigen. Um dies zu ermöglichen, ist eine abgestimmte Strategie zwischen der US-Administration, dem Kongreß und dem privaten Sektor erforderlich.

Die USA erkennen – in dem o.g. Bericht – die Probleme, die es in Afrika gibt, um „Human- und ökonomisches Kapital zu entwickeln. Die extremen Schuldenberge, die aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage eingeschränkten politischen Wahlmöglichkeiten, die Armut und die anhaltende Arbeitslosigkeit, der von halb-staatlichen Unternehmen gebremste schwache private Sektor, die Mißachtung der Umwelt und ein Fehlen demokratischer politischer Institutionen – all dies habe in der Vergangenheit afrikanisches Wachstum und Entwicklung gehemmt. Es sei allerdings erkennbar, daß einige afrikanische Länder sich aus der statischen politischen Situation der letzten drei Jahrzehnte verabschieden und eine demokratischen Prinzipien und ökonomischen Marktgesetzen verpflichtete Politik einleiten. Diese den demokratischen und strukturellen Erfordernissen eher zugewandte Politik eröffne Raum für Optimismus über die Zukunft des Kontinents. Und damit den USA neue Möglichkeiten für die Verfolgung ihrer Ziele. Tatsächlich sei erkennbar, daß

afrikanische Länder zu erkennen beginnen, daß eine positive politische Umgebung für Investitionen und Wachstum erforderlich ist. Ein kürzlich von der Weltbank erstellter Bericht zeige eine direkte Beziehungen zwischen den Ländern, die sich an eine Reform ihrer Strukturen gemacht haben, und denjenigen mit den größten ökonomischen Wachstumsraten. Ergänzend dazu zeigt der Bericht, daß bilaterale und multilaterale Unterstützung hierfür wichtige Rahmenbedingungen schaffen können. Dies erlaube die notwendigen Reformen, um private Investitionen zu fördern. Zwischen 1990 und 1994 hatten die USA 13,5 Mrd.

Dollar in afrikanische Länder investiert. Damit sind Handel und Entwicklung, Unterstützung für den privaten Sektor, Ausbau der Infrastruktur, ökonomische und administrative Reformen, Stärkung des

demokratischen Sektors ebenso gemeint wie technische Assistenz und Hungerhilfe. Hinzu kommt die Unterstützung von multilateralen Institutionen: Zwischen 1993 und 1995 hat die Weltbank-Gruppe mehr als 3,7 Mrd. Dollar für Strukturanpassungen im privaten und zivilen Sektor investiert; der IMF hat weitere 9 Mrd. Dollar bereitgestellt, und die Afrikanische Entwicklungsbank noch einmal 13,6 Mrd. Dollar an afrikanische Länder gegeben. Allerdings sind die Fonds, die der amerikanischen Regierung unterstehen, eingeschränkt worden. Im politischen Ausschnitt dieses Berichts wird dann scheinheilig davon ausgegangen, daß die USA natürlich mit den Menschen in Afrika und ihren Regierungen zusammenarbeiten wollen, um Handel und Investitionen und ökonomisches Wachstum zu fördern. Dies würde aus gegenseitigem Nutzen erforderlich sein: Auch die afrikanischen Länder erhalten dafür mehr Respekt und internationale Integration und könnten sich am Wachstum der beteiligten Länder „erfreuen“. „Eine höhere Lebensqualität ist das Ziel der unterstützenden Entwicklung. Demokratie, Menschenrechte, transparente und verlässliche Regierungen, Investitionen in Menschen und Umwelt – dies sind die Grundlage für unterstützende Entwicklung. Die primäre Verantwortlichkeit bleibt den Ländern vorbehalten, aber bi- und multilaterale internationale Kooperation ist für die Stärkung der nationalen Anstrengungen erforderlich.“ So hatte sich die G-7 Gipfelkonferenz in Halifax im Juni 1995 vollmundig erklärt.

Tatsächlich machte diese Erklärung lediglich deutlich, daß die Verantwortlichkeit primär in den jeweiligen Ländern bleibt. Aber, so der Bericht aus Washington weiter, inzwischen haben sich verschiedene afrikanische Ländern an diese Maxime angenähert und kommen damit den US-amerikanischen Interessen entgegen. Ökonomische Entwicklung würde damit heißen, den Handel mit den USA auszuweiten und dadurch neue Jobs für die USA (ebenso

wie für Afrika) zu schaffen. Mit dieser Methode könnten auch „Sicherheitsinteressen“ nachhaltig verfolgt werden, die wie folgt erwähnt werden: „Terrorismus, Flüchtlingsbewegungen, Drogenhandel, Krise der Menschenrechte und Zerstörung der Umwelt.“ Schließlich wird der Bezug zu den erfolgreichen Experimenten in Südost- und Ostasien hergestellt; hier habe die Ausweitung des Handels die schnelle wirtschaftliche Expansion befördert. Was aber das Wichtigste insgesamt sei, so der Bericht: Diese Strategie erfordere keine weiteren Kosten. Damit werden dann folgende Ziele abgesteckt: – die Beteili-



Millionen Menschen leben, von ihrem Land vertrieben, in Flüchtlingslagern

gung an internationalen Bemühungen, diejenigen afrikanischen Ländern stärker zu fördern, die sich an die o.g. Prinzipien halten; – die NGO- und Regierungsorganisationen sollen stärker gefördert werden; – der Aufbau von Infrastrukturen für einen modernen Markt soll befördert werden; – das „Wirtschaftsklima“ für die wachstumsorientierten Bereiche soll für den Export verbessert werden, damit die US-Firmen als effektive wirtschaftliche Partner einsteigen können; – die Handelsbeschränkungen sollen fallen, damit die afrikanische Wirtschaft besser an dem Weltmarkt teilnehmen kann; – die Beratung für den US-Export und dergleichen Investitionen nach Afrika soll verstärkt werden; – die regionale Zusammenarbeit in Afrika soll verbessert werden.

Soweit ein Bericht, der die Leitlinien der US-Politik Richtung Afrika in den nächsten Jahren bestimmen wird. Nichts Neues also, wenn man sich die bisherigen „Erfolge“ der Politik in den Kontinenten anschaut (zu denen auch die Darstellung der Armutsrevolten als Ausdruck der Machtgier lokaler Fürsten und ethnisch bestimmter Konflikte gehört, denen die objektiv internationale Dimension abgesprochen wird). Wichtig vermutlich dennoch, denn die ökonomischen Interessen imperialistischer Länder bilden immer noch einen zentralen Angelpunkt für weltweite Armut und Unterdrückung, auch wenn sie in eine gewendete Sprache gefaßt werden. (mc)

(1) energischen Interventionen der USA in Angola, um die beiden kriegführenden Parteien endlich zusammenzubringen, damit die Rohstoffvorkommen wieder in Ruhe ausgebeutet werden können – die angolische Regierung hat sich schon im voraus haushoch an die USA verschuldet, um den Krieg führen zu können – belegen den das vorrangige Interessen, auch im Unterschied zu den europäischen Interessen.

(2) Es fragt sich nur, wo diese Milliardenbeträge – ca. 40 Mia Dollar – geblieben sind, Nachfragen bei internationalen Banken konnten hier sicherlich einiges Fluchtkapital zutage fördern...

Kommunistische Partei Tschechiens und Mährens (KPTschM) vor Parlamentswahlen

In Prag hat die 3. Sitzung des ZK der KPTschM stattgefunden – die Sitzung war um so wichtiger, als sie die letzte vor den Parlamentswahlen war, die in der Tschechischen Republik Anfang Juni stattfinden. Der KPTschM-Vorsitzende Miroslav Grebenicek gab auf der Sitzung an, daß die KPTschM mindestens wieder die stärkste Oppositionspartei werden will. Ihre Hauptziele für die Parlamentswahlen sind: „das Gleichgewicht der politischen Kräfte in der CR zu erreichen und die Bedingungen für die Veränderung der Innen- und Außenpolitik zu schaffen. Das sollte durch die Gewinnung von etwa 20% der Stimmen ermöglicht werden (letzte Meinungsumfragen zeigen aber nur etwa 10% für die KPTschM). Grebenicek hat sich in diesem Zusammenhang kritisch über die Wahlkampagne seiner Partei geäußert, die „ungenügend die veränderten Interessen-, Sozial- und Inhaberstruktur und die regionalen Unterschiede respektiert...“

An der KPTschM-Kundgebung in Prag haben am 1. Mai etwa 25 000 (!) Menschen teilgenommen, was zu häßlichen und erregten Reaktionen der rechtsorientierten Medien (aber auch mancher sozialdemokratischer Poli-

ker) geführt hat, die laut gerufen haben, daß „die Kommunisten wieder ihr Haupt erheben“. Der KPTschM-Vorsitzende M. Grebenicek hat auf der Kundgebung u. a. scharf kritisiert, daß die tschechische Regierung sich dem deutschen Kapital unterwirft. Er sagte, daß „das größte Sicherheitsrisiko für die Tschechische Republik ihre eigene Machtelite ist“. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß die Sozialstruktur der transformierten tschechischen Gesellschaft die Gestalt der „nachträglichen“ BRD-Sozialstruktur bekommen kann, und dann werden sich – wie in jeder Halbkolonie – die Leitungszentren des Großkapitals aus der CR ins Ausland verschieben, und die politische Leitung wird ihnen folgen. Was die gemeinsame deutsch-tschechische Deklaration betrifft, sagte Grebenicek, daß die an die Adresse des deutschen Nachbarn gerichteten Schmeicheleien in vielem an das Verhalten der tschechoslowakischen Regierung nach München 1938 erinnern und daß es kein Zufall ist, daß gerade in diesem Monat die Bemühung der Tschechischen Republik forciert wird, in die NATO eingegliedert zu werden. (e.h., Pilsen)

Strafanzeige gegen den Generalstabschef der türkischen Armee

Von
Nora Mielke

Am 15. Januar dieses Jahres waren im Kreis Güclükonak, Provinz Sirnak, elf Personen, darunter mehrere Dorfschützer, ermordet worden. Die Leichen von zehn der elf Ermordeten waren verbrannt und bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Sofort erklärte der Generalstab der türkischen Öffentlichkeit, die PKK sei für dieses Massaker verantwortlich und habe damit ihren Waffenstillstand gebrochen. Die Militärs beschränkten sich nicht auf Presseerklärungen und -konferenzen, sondern organisierten eine (fast) perfekte Öffentlichkeitsarbeit: Zahlreiche in- und ausländische Redaktionen und Presseagenturen wurden einzeln telefonisch angerufen. Darüber hinaus luden Militärs die Pressevertreter ein, sie von Ankara aus an den Ort des Geschehens zu fliegen. Dort wiederholten dann Armeangehörige ihre Version des Ereignisses: PKKler hätten einen Minibus mit zehn Bauern, einige davon Dorfschützer, und einem Fahrer angegriffen und alle Insassen ermordet. Obwohl die Militärs nicht zuließen, daß die Pressevertreter auch mit den Angehörigen der Ermordeten redeten und mehreren Dorfschützern, die Augenzeugen des Vorfalles geworden waren, von Militärs verwehrt wurde, mit den Journalisten zu sprechen, brachte die gesamte (etablierte) türkische Presse von *Hürriyet* und *Türkiye* bis zur liberalen (kemalistischen) *Cumhuriyet* und allen TV-Sendern am nächsten Tag die gewünschten Schlagzeilen über das „verabscheuungswürdige Massaker der PKK“.

PKK-Sprecher hingegen erklärten, bei dem Vorfall handele es sich um eine Provokation des Staates mit der Absicht, die PKK zur Aufgabe ihres einseitigen Waffenstillstandes zu bringen und die Öffentlichkeit dahingehend zu verwirren, daß der (einseitige) Waffenstillstand bereits außer Kraft sei.

Die prokurdische Zeitung *Demokrasi* wies darauf hin, daß die ermordeten Dorfbewohner einige Tage zuvor von Militärs festgenommen worden waren. Bewohner der Region hätten ausgesagt, daß das Massaker von Militärs verübt worden sei.

Kurze Zeit vor diesem Ereignis hatte die kurdische Presseagentur DEM Fotos türkischer Soldaten veröffentlicht, die grinsend in Kopfgeldjägermanier abgeschnittene Köpfe getöteter Guerillas in den Händen schwenkten. Bei diesen Fotos, die in der Türkei von der Zeitung *Demokrasi* und im europäischen Ausland von verschiedenen Zeitungen abgebildet wurden, handelte es sich augenscheinlich um „Erinnerungsfotos von der Front“, die Soldaten gegenseitig aufgenommen hatten. Die Veröffentlichung der Fotos hatte erneut eine Diskussion über die Brutalisierung der Soldaten und über begangene Kriegsverbrechen ausgelöst. Interessanterweise nahmen die Militärs, die den „Presseausflug“ nach Güclükonak organisierten, direkt auf diese Fotos Bezug. Während des Fluges erklärten sie den Journalisten: „Um den verfälschten Nachrichten und Fotos in der ausländischen Presse über kopfabnehmende türkische Soldaten eine Antwort zu geben und noch einmal das wahre Gesicht der PKK zu zeigen“, hätten sie die ausländische Presse zu diesem Flug eingeladen.

Beunruhigt durch die widersprüchlichen Meldungen, organisierte darauf-

hin die „gemeinsame Arbeitsgruppe für den Frieden“ Anfang Februar eine vierköpfige Delegation, an der Vertreter der Menschenrechtsvereine, Gewerkschafter, Intellektuelle, Künstler und Journalisten beteiligt waren (aus der BRD der Bundestagsabgeordnete der Grünen/Bündnis 90 Cem Özdemir), die vom 12. Februar an in Diyarbakir und vor Ort in Sirnak, Güclükonak usw. mehrere Tage lang eigene Untersuchungen durchführten und dabei sowohl mit offiziellen Vertretern und Militärs als auch mit den Angehörigen der Ermordeten und der Bevölkerung sprachen. Die Ergebnisse ihrer Ermittlungen gaben sie in mehreren Erklärungen an die Presse. Als Konsequenz ihrer Nachforschungen stellten sie am 18. 4. des Jahres – erstmalig in der Geschichte der Türkei – Strafanzeige gegen den türkischen Generalstabschef wegen Massenmords und Verletzung der Informationsfreiheit. Gemeinsam mit Angehörigen der Ermordeten übergaben sie die Strafanzeige der Staatsanwaltschaft in Istanbul. Wir dokumentieren Auszüge aus der Anzeige.

Noch ein ungesühntes Massaker: Am 11. Januar veröffentlichte die britische Wochenzeitung „Independent“ dieses Foto. Es zeigt Mitglieder des türkischen „Bergkommandos Hakkari“, die mit abgeschnittenen Köpfen kurdischer Guerilleros für private Fotos „posieren“. In der linken Hand des Soldaten: Ein deutsches G-3-Gewehr.



Aus der Strafanzeige

(...) Am 15. Januar ereignete sich im Kreis Güclükonak (Sirnak) zwischen den Dörfern Taskonak und Kocyurdu ein Massaker. Bei diesem Ereignis wurden elf Personen, darunter viele Dorfschützer, erschossen. Die Leichen von elf der Getöteten wurden gemeinsam mit dem Minibus, in dem sie sich befanden, verbrannt.

Die Generalstabsleitung hat eine ausgewählte Gruppe von Angehörigen der in- und ausländischen Presse mit dem Flugzeug nach Diyarbakir und von dort aus mit dem Hubschrauber an den Ort des Geschehens gebracht. Zeitungen und Fernsehsender meldeten anschließend, gestützt auf die Aussagen der Offiziellen, mit diesem Massaker habe die PKK ihren einseitig erklärten Waffenstillstand gebrochen. (...)

Als Ergebnis unserer Untersuchungen haben wir folgende Tatsachen festgestellt:

1.) Bei den Ermordeten handelt es sich nicht – wie die Vertreter des Generalstabs behaupteten – um Dorfbewohner und Dorfschützer, die vom Dorf Taskonak ins Dorf Kocyurdu fuhren. Taskonak ist nämlich ein völlig verlassenes Dorf. Genauer gesagt: Es gibt gar kein Dorf namens Taskonak. Das Dorf besteht überhaupt nur aus dem „Bataillon Taskonak“.

2.) Sechs der Ermordeten waren zwischen dem 10. und dem 12. Januar fest-

genommen worden und befanden sich bis zu dem Tag der Geschehnisse in Haft.

3.) Die übrigen fünf Personen waren am Tag des Geschehnisses, dem 15. Januar, von Soldaten aus ihren Häusern im Dorf Kocyurdu abgeholt und „zum Dienst“ gebracht worden, dies waren vier Dorfschützer und ein Minibuschauffeur.

(...)

5.) Die Leichen wurden in dem Minibus alle in sitzender Position vorgefunden, wobei die Dorfschützer noch ihre Gewehre zwischen den Beinen hatten. Wenn der „als erstes getroffene Chauffeur (so die Verlautbarungen des Generalstabs, Anm. d. Übers.) noch die Zeit gefunden haben soll, die Tür zu öffnen und zu fliehen, ist es unvorstellbar, daß die sich in Todesangst befindlichen Dorfschützer völlig regungslos auf ihren Plätzen sitzen geblieben sind und wie die Lämmer auf ihren Tod gewartet haben. Die Aussagen verschiedener von uns befragter Zeugen ergänzen sich in der Bestätigung der Aussage, nach der die sechs Personen bereits zuvor und

die vier Dorfschützer am Tag des Ereignisses ebenfalls vorher in der Kommandatur in Taskonak getötet wurden und anschließend (tot) in den Minibus gesetzt und an den Sitzen festgebunden wurden.

(...)

7.) Nach Aussagen des Generalstabs habe man das Ereignis durch Abhören des PKK-Sprechfunks erfahren und dann eingegriffen. Der Ort, an dem sich der verbrannte Minibus befindet, liegt jedoch 2 km von der Bataillonskommandatur in Taskonak und etwa 4,5 km von der Militärstation in Kocyurdu entfernt. So haben auch die Dorfbewohner die Schüsse gehört und sofort versucht, zum Ort des Geschehens zu gehen; ihrem Bericht nach war der Rauch des Minibusses vom Dorf aus sofort zu sehen. (...)

8.) Die Dorfschützer des Dorfes Kocyurdu wollten sich sofort, nachdem sie die Schüsse vernommen hatten, zu dem nur wenige Kilometer entfernten Ort des Geschehens begeben. Sie wurden jedoch von den Militärs der Station am Dorfausgang daran gehindert.

9.) An dem einen Ende des etwa 7 km langen Weges (zwischen Taskonak und Kocyurdu, Anm. d. Übers.) befindet sich das Bataillon, am anderen Ende die Militärstation. Der Weg liegt auf der einen Seite direkt am Tigris, auf der anderen Seite befinden sich steile Felsen, und auf der Anhöhe direkt gegenüber des Tatortes befinden sich Stellungen von Dorfschützern. Es ist ausgeschlossen, daß

die PKK in einer derart bewachten Gegend einen Anschlag verübt und flieht.

10.) (...) während des Ereignisses forderten die zur Provinz Mardin gehörenden Dorfschützer, die sich auf ihren Aussichtsposten auf der gegenüberliegenden Anhöhe befanden und die Tat beobachtet hatten, per Sprechfunk die Erlaubnis zum Eingreifen. Sie wurden jedoch angewiesen, sich nicht einzumischen.

11.) Unsere Delegation hat festgestellt, daß, nachdem die elf Personen ermordet worden waren, die Ausweise der meisten von ihnen von Militärs ihren Familien ausgehändigt wurden. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die sechs Festgenommenen bei ihrer Freilassung ihre Ausweise auf der Bataillonsstation vergessen haben, wie kann es angehen, daß die Ausweise der vier Dorfschützer, die erst am Tag des Ereignisses „zum Dienst“ beordert worden waren, von Soldaten unverbrannt den Familien ausgehändigt wurden?

(...)

Als Resultat ist festzustellen, daß das Massaker von Güclükonak nicht von der PKK durchgeführt wurde. Aus den von uns durchgeführten Untersuchungen und Nachforschungen hat sich vielmehr eindeutig herausgestellt, daß das Massaker seitens staatlicher Kräfte verübt wurde.

Egal, bis zu welcher Instanz der Sicherheitskräfte es hinaufreicht, die Verantwortlichen dieses Massakers müssen gefunden und vor Gericht gestellt werden. Unsere Arbeitsgruppe wird dieses Ereignis weiterverfolgen, bis die Wahrheit offenliegt, und wird – bis die Schuldigen zu einer angemessenen Strafe verurteilt sind – die diensthabenden höheren Instanzen für dieses Massaker zur Verantwortung ziehen.

Im jetzigen Stadium liegt die Verantwortung direkt bei der Leitung des Generalstabs. Denn:

Die Durchführung dieses Massakers erforderte eine große Organisation, daher kann es sich nicht um die Tat eines einzelnen oder einiger weniger Soldaten handeln, denen die Nerven durchgegangen sind. Sämtliche Sicherheitskräfte der Region füllten ihren Platz aus, um das Komplott zu verwirklichen. (...)

Der Generalstab hat die Tat nicht nur nicht aufgeklärt, sondern im Gegenteil mit Riesenschritten – gerade so, als würde ein bereits vorher gefällter Beschluß umgesetzt – Vertreter der in- und ausländischen Presse mit Militärflugzeugen, Hubschraubern und Jeeps an den Ort des Geschehens befördert und erklärt, das Massaker sei von der PKK durchgeführt worden. Diese der Wahrheit vollkommen widersprechenden, genau entgegengesetzten Erklärungen wurden tagelang in den Fernsehkanälen und Schlagzeilen der Zeitungen als erste Nachricht verbreitet und fütterten so – außer die Menschen in der Region, die die Tatsachen selbst erlebten – Millionen Menschen wieder einmal mit falschen Informationen. Diese und andere Falschinformationen manipulieren die Öffentlichkeit in der Weise, daß eine friedliche Lösung unmöglich erscheint. (...)

Aufgrund dieser Straftaten erheben wir Strafanzeige gegen die Generalstabsleitung.

Hochachtungsvoll gez. Sanar Yurdatapan, Münir Ceylan, Ercan Kanar. (Die Schilderung der Vorgeschichte der Strafanzeige wurde weitgehend der türkischen Wochenzeitung SÖZ entnommen.)

Eine unbekannte, jedoch große Zahl politischer und Kriegsgefangener ist in US-Gefängnissen inhaftiert: Gefangene aus den Widerstandsbewegungen von Indianern, von Afro-Amerikanern, puertoricanische Kriegsgefangene, Gefangene aus anti-imperialistischen Bewegungen ... Viele sind seit Jahrzehnten in Haft, viele das Opfer unverhüllter Justizverbrechen. Zu ihnen gehört Mumia Abu-Jamal, der für die Wiederaufnahme seines Verfahrens kämpft und von einem erneuten Hinrichtungsbefehl bedroht ist; zu ihnen gehört Leonard Peltier, dessen Freilassung kürzlich erneut abgelehnt wurde; zu ihnen gehört der ehemalige Black Panther Geronimo ji jaga, seit 1968 inhaftiert, an dem die US-Justiz finstere Rache übt, indem sie erneut seine „vorzeitige“ Freilassung verweigerte. Wir dokumentieren dazu einen Artikel von Mumia Abu-Jamal.

Der frühere stellvertretende Verteidigungsminister der Black Panther Party und politische Langzeitgefangene Geronimo ji jaga (ne pratt) wurde erneut von der Regierung Kaliforniens angegriffen. Durch eine wiederholte Ablehnung seiner vorzeitigen Entlassung.

Geronimo war, wie durch Dokumente zu belegen ist, eine Zielscheibe der infamen COINTELPRO-Operation (Bekämpfungsprogramm des Schwarzen und anderen Widerstandes in den USA), die vom FBI durchgeführt wurde. Obwohl der Unterlagen und Agenten seine absolute Unschuld bestätigen, wird er nunmehr seit einem Vierteljahrhundert in Verliesen der Regierung gefangen gehalten.

Seit Mitte - Ende der 60er Jahre beschneffelte das FBI, angetrieben von den Behauptungen des späten J.E. Hoover über die Black-Panther-„Gefahr“ für die amerikanische Republik, die Absätze jedes Panthers, der einige Bedeutung hatte.

Geronimo war ein hochrangige Mitglied des Verteidigungsministeriums, war bedeutender als die meisten andere. Deswegen wurden seine Telefone angezapft, und bezahlte Regierungsinformanten gaben Berichte über seine Handlungen ab.

Regierungsoffizielle schworen, daß Geronimo und ein anderer Mann 1968 in

wickelt war ... Die Jury wurde niemals darüber informiert, daß Mr. Olsen (der Ehemann des Opfers) zuvor drei andere Personen identifiziert hatte (aus einer Anzahl von Verdächtigen). Die Jury wurde nicht darüber informiert, daß das FBI ein COINTELPRO-Programm laufen hatte und damit auf Mr. Pratt zwecks „Neutralisierung“ zielte. Die

zu verbreitern - FREIHEIT FÜR GERONIMO JETZT!

Mumia Abu-Jamal, 20.3.1996

* Geronimo ji jaga wartet gegenwärtig auf eine neue Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof Californiens bezüglich der Aufnahme eines neuen Verfahrens.

(Den Artikel übersetzt das Unterstützungskomitee Mumia Abu-Jamal, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden)

Vorzeitige Entlassung für Geronimo* verweigert - Schon wieder! Von Mumia Abu-Jamal

Santa Monica eine weiße Lehrerin ermordet hätten.

Da gab es nur ein Problem.

Das FBI wußte, basierend auf Abhörungen, Agenten und Informanten, daß sich Geronimo am Tage und zur Zeit des Mordes in Oakland, Californien befand, einige 300 Meilen entfernt von der Szene des Mordes, und daß er deshalb unschuldig ist.

Der pensionierte FBI-Agent Wes Swearington schwor, daß er den FBI-Fall-Beamten von Geronimo sagen hörte: „Dieser Hurensohn war in Oakland!“

Als Swearington nach den Unterlagen suchte, fand er etwas, das er in seiner 25jährigen Laufbahn noch nie gesehen hatte: fehlende Unterlagen! Jemand hatte die Unterlagen „gesäubert“.

Eine von Geronimos JurorInnen, Jeanne Hamilton, sprach auf bewegende Weise von der Wichtigkeit der Rolle der Regierung bezüglich der Weichenstellung für den Mann, den sie lebenslanglich ins Gefängnis schickte:

„Niemand sprach in unseren Diskussionen jemals über das FBI. Wir hatten keine Ahnung, daß es darin ver-

Jury wurde nicht darüber informiert, daß das FBI die Hauptquartiere der Black Panther in Oakland und Los Angeles abgehört und den Beweis dokumentiert hatte, daß Mr. Pratt zu dieser Zeit in Oakland war. Die Jury wurde nicht darüber informiert, daß die FBI-Aktivitäten einen Bruch in der Black Panther Party bewirkt hatten, der darin resultierte, daß es Mitgliedern verboten war, zu Mr. Pratts Verteidigung zu erscheinen. Und schließlich wurde die Jury nicht darüber informiert, daß Julius Butler (der Schlüsselschütze des Staates gegen Geronimo) ein FBI-Informant war. Wenn wir von diesen Fakten gewußt hätten, da gibt es keinen Zweifel in mir, wären wir nicht zu einem Schuldspruch gekommen.“ (So gesagt auf einer Pressekonferenz am 26.2.1996)

Der Staat, sich wie eine Super-Jury verhaltend, tut etwas, was eine Jury in erster Linie nie hätte tun dürfen - einen unschuldigen Mann lebenslang einsperren. Wir alle müssen das unserem Level entsprechende Beste tun, um diese riesige Ungerechtigkeit zu berichtigen: Laßt uns daran arbeiten, die Bewegung



1966 gegründet als revolutionäre Partei von Schwarzen in den USA gegründet, wurde die Black Panther Party Ziel einer der größten Polizei- und Justizkampagnen in den USA. 1968/69 wurden 28 Mitglieder der Black Panther von der Polizei erschossen, unzählige in regelrechten Schauprozessen unter fadenscheinigsten Vorwürfen zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Argentinien: Aufschwung läßt auf sich warten

Sinkende Löhne, zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut

Von Dafne Sabanes Plou

Buenos Aires, alai-POONAL - Seit April 1991 herrscht in Argentinien der Konvertibilitäts- und Stabilitätsplan. Zum fünften Geburtstag gab es eine Deflationsrate von 1,5 Prozent. Das freut jedoch weder die Regierung noch die ÖkonomInnen. Denn die Deflation geht Hand in Hand mit einer Arbeitslosigkeit, die sich nahe 20 Prozent befindet. 35 000 kleine Geschäfte im ganzen Land mußten schließen, die Konkurse bei Unternehmen und in der Industrie erreichten Rekordziffern, der Güterkonsum ist besorgniserregend zurück gegangen. Die Zahl der offenen Stellen ist um 37 Prozent geschrumpft. Das Jahr 1995 war hart für die ArgentinierInnen. Die Krise des mexikanischen Modells brachte den neoliberalen Wirtschaftsplan, der von Präsident Carlos Menem und seinem Wirtschaftsminister Domingo Cavallo aufrechterhalten wird, schwer ins Straucheln. Dieser Rückschlag diente nur dazu, zu zeigen, daß ein Großteil des Kapitals, das die argentinische Börse als erfolgreichen Reflex des Plans erscheinen ließ, sich als „Schwalbenkapital“ erwies. Die Kapitaleigentümer zogen ihr Geld zurück, als sie unsicher wurden und die Möglichkeiten eines saftigen Gewinns innerhalb kurzer Zeit schwinden sahen.

Der Fall der Börse und der Rückgang der Investitionen im Land ließen schnell eine Rezession mit negativem Wirtschaftswachstum und schweren sozialen Folgen deutlich werden, die bis da-

hin verdeckt war. Nach der Euphorie, die der drastische Rückgang der Inflation bewirkte, die unter der Regierung von Raúl Alfonsín mit 197 Prozent im Juli 1989 bis dahin ungekannte Höhen erreichte, nach der Konsumerhöhung dank folgender Preisstabilität und nach dem Kapitalzufluß für die Börse macht die rezessive Welle in der Volkswirtschaft jetzt nur eine Realität sichtbar, die das Land bereits wieder längere Zeit durchlebt. Zu der technologischen Umwandlung und dem geänderten Umfeld, denen sich die Unternehmen aus Handel und Industrie kurzfristig stellen mußten, kam die brutale Konkurrenz von Produkten aus dem Ausland, die vor allem im Textil- und Handarbeitsbereich zu Dumpingpreisen angeboten wurden. Das führte zu verkleinerten Vorständen und geringeren Beschäftigtenzahlen. Auch die Überstunden, die in vielen Fällen die Löhne um 50 Prozent aufbesserten, fielen weg. In der öffentlichen Verwaltungen erreichten die Lohn-einbußen je nach Stelle zwischen 15 und 20 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit, die sich seit Ende 1994 verstärkt bemerkbar macht, der Lohnverfall und der Rückgang der einheimischen Produktion - oft ist es für die UnternehmerInnen profitabler, Produkte zu importieren, als sie im eigenen Land herzustellen - zeigten eine Krise des Modells auf. Es wurde etwas mehr nötig als die monetaristischen Maßnahmen, um den Untergang des Modells zu

verhindern. Die angeführte Konvertibilität, die auf einem Verhältnis von eins zu eins zwischen Dollar und argentinischem Peso beruht, reichte nicht mehr aus, um die Wirtschaft stabil zu halten. Die normalen Staatsausgaben und die Bezahlung der Auslandsschuld verbrauchten eine Menge Geld. Die öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Sicherheit sind heute heruntergekommen. Die Ergebnisse im Handelsverkehr sind ebensowenig befriedigend. In den ersten Monaten 1996 hat sich ein Handelsdefizit von 365 Millionen Dollar angehäuft. Während die Exporte in den MERCOSUR und die Europäische Union gut laufen, geschieht das nicht bei den Ländern des nordamerikanischen Freihandelsvertrages. Von dort kommen aber 24 Prozent der argentinischen Importe.

Eine Studie der privaten argentinischen Unternehmensuniversität zeigt durchschnittliche Lohneinbußen von 10 Prozent für die ArbeiterInnen auf, seit die Konvertibilität gilt. Der Durchschnittslohn liegt bei 550 Dollar, und voraussichtlich wird er weiter sinken. In den Straßenumfragen ist die größte Sorge der ArgentinierInnen in den vergangenen Monaten ihre unsichere Arbeitsplatzsituation verbunden mit der Angst, die Stelle zu verlieren. Die hohe Prozentzahl qualifizierter Arbeitsloser drückt auf die Löhne. Dies bedeutet aber auch weniger Steuereinnahmen für den Staat. Die Steuerbehörde ver-

zeichnet in den letzten Monaten weniger Zahlungen. Die Armut steigt. Inzwischen leben 16 Prozent der argentinischen Haushalt in Armut. Wenn sich diese Zahl auch deutlich unter den 39 Prozent Armut zu Zeiten der Hyperinflation befindet, so ist die Tendenz aber doch seit 1992 erneut negativ. Damals schien alles in der argentinischen Wirtschaft erfolgreich zu sein.

Einige Hoffnungszeichen für eine Wiederbelebung gibt es. Im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor werden jüngst verstärkt Stellen angeboten. In einigen wenigen Industriebereichen wie der Eisenindustrie, der Petrochemie und der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln ist eine Aufwärtstendenz zu verzeichnen. Alle Unternehmen mit positiven Bilanzen verdanken dies ihrer gelungenen Anpassung an die Wirtschaftsumwandlung und der Eingliederung in den Exportmarkt unter entsprechenden Grundlagen. Dennoch: Als Präsident Menem seinen Fünfjahresplan vorlegte, um 1995 zum zweiten Mal gewählt zu werden, versprach er jährlich 350 000 neue Arbeitsplätze. Vor der Wahl 1989 gab er das Versprechen einer „Produktionsrevolution“. Dieses erste Versprechen bleibt als schlechter Scherz in der Erinnerung. Und niemand scheint mehr an das zweite Versprechen zu glauben. Unterdessen sind zwei Millionen Arbeitslose in den Dörfern und Städten ohne Hoffnung.

Demokratische Rechte für alle

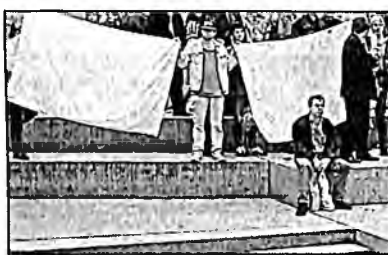
Weg mit dem Vereinsverbot für Kurdinnen und Kurden

Stuttgart. Am Montag, 13. Mai, morgens um sechs, ließ der baden-württembergische Innenminister Birzele dem Deutsch-Kurdischen Freundschaftsverein Stuttgart das Vereinsverbot zustellen. Die Vereinsräume wurden zugemauert, die Fenster verrammelt, alle Gegenstände im Verein beschlagnahmt. Gleichzeitig drangen Einsatztrupps mit teils schwer bewaffneten Beamten bei den kurdischen und deutschen Vorstandsmitgliedern und in weitere Wohnungen ein. Wo niemand zu Hause war, kam die Feuerwehr. Beschlagnahmt wurden in den Wohnungen u.a. Computer, Disketten, schriftliche Unterlagen, Zeitungen, Bücher, etwa 75 000 Mark. Dabei handelt es sich vor allem um Spenden für das Flüchtlingslager Etrusch (Irakisch-Kurdisten), wohin im Frühjahr 1994 an die 30 000 Menschen nach der Zerstörung ihrer Dörfer geflohen sind. Kurdische Familien berichteten, daß die Polizei bei den Durchsuchungen teilweise brutal vorging, die Menschen einschüchterte, Wohnungen durchwühlte, einem 16jährigen die Pistole an die Schläfe drückte.

Am Mittwoch früh meldete die Plattform türkischer und kurdischer Vereine für den Samstag eine Protestaktion gegen das Vereinsverbot in der Innenstadt an. Am Freitagmorgen verbot das Amt für öffentliche Ordnung die geplante Demonstration und Kundgebung und „etwale Ersatzveranstaltungen“. „Falls die verbotene Veranstaltung trotzdem durchgeführt wird, müssen Sie mit der gesetzlich vorgeschriebenen Auflösung ... durch polizeiliche Zwangsmaßnahmen rechnen.“ Das Verbot wurde nachmittags vom Verwaltungsgericht Stuttgart und abends in zweiter und letzter Instanz vom Verwaltungsgerichtshof in Mannheim bestätigt. Die Plattform türkischer und kurdischer Vereine und die unterstützenden Gruppen sagten daraufhin die Demonstration ab. Sie teilten dem Amt für öffentli-



che Ordnung und der Polizei am Samstag früh mit: „Unsere Sorge ist, daß wie bei früheren Anlässen in der Stadt Menschen mit ‚südländischem Aussehen‘ angehalten und festgenommen werden. Insbesondere fürchten wir, daß Menschen mit Transparenten, Flugblättern, Umhängeschildern festgehalten werden. Eine Festnahme hat für die Betroffenen weitreichende Folgen (Arbeitsplatz, Schule etc. bis hin zur Abschiebung). Wir wollen deshalb die Menschen auf dem Schloßplatz über die Absage der Veranstaltung informieren und sie auffordern heimzugehen ... (Nun) liegt es in der Verantwortung Ihres Amtes und der Polizei, dazu beizutragen, jegliche Auseinandersetzungen zu verhindern. Außerdem haben wir Persönlichkeiten aus demokratischen Parteien und Gewerkschaften gebeten, als Beobachter in die Stadt zu kommen. Wir hoffen, daß dies dazu beiträgt, daß es nicht zu Eskalationen kommt und die Öffentlichkeit über die Vorgänge informiert ist. Abschließend möchten wir



darauf hinweisen, daß wir mit unserer Absage der Veranstaltung keineswegs der Verbotsbegründung zustimmen. Wir sind der Auffassung, daß es nicht Rechtens sein kann, demokratische Meinungsäußerungen (ein Grundrecht) zu unterbinden, weil sie den (außen-)politischen Interessen der Bundesregierung widersprechen. Wir werden weiterhin für die Aufhebung des Vereinsverbots eintreten.“

Obwohl dann am Samstagmorgen viele Leute durch die Straßensperren der Polizei abgehalten wurden, kamen Hunderte zum Schloßplatz. Unübersehbar war für die Öffentlichkeit die breite Ablehnung des Vereins- und des Demonstrationsverbots. Als Beobachterinnen und Beobachter waren Betriebsrätinnen und Vertrauensfrauen aus IG Metall und ÖTV und Mitglieder des Ortsvereins-, Bezirks- und Landesvorstands der IG Medien gekommen, außerdem waren da Mitglieder der VVN, der Naturfreunde, des Feministischen Frauengesundheitszentrums, des Ausländer-

Stopppt die Hetze gegen die KurdInnen – Weg mit den Verboten! Dieses Transparent wurde am Samstagmittag auf dem Schloßplatz mit großem Beifall begrüßt – als die Polizei es abhängte, ertönten Buh-Rufe und Pfiffe.

Die „stummen“ (leeren) Transparente symbolisieren, daß die Staatsorgane alle Äußerungen der Kurdinnen und Kurden unterdrücken wollen. Sechs türkische und fünf deutsche Vereine hatten für den 18. Mai eine Protestaktion gegen das Verbot des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins Stuttgart durch Innenminister Birzele angemeldet. Am Tag vorher wurden die Demonstration und Kundgebung verboten, und ein massiver Polizeieinsatz mit Straßenkontrollen sollte jede Regung unterbinden.

ausschusses, von türkischen Kulturvereinen, der SPD, den Grünen, der DKP, die PDS-Bundestagsabgeordneten Winfried Wolf aus Baden-Württemberg und Steffen Tippach aus Sachsen und weitere Teilnehmer einer Konferenz für Frieden und Abrüstung im DGB-Haus. Als das Transparent „Schluß mit der Hetze gegen Kurdinnen – Weg mit den Verboten“ von der Polizei entfernt wurde, riefen kurdische Jugendliche Parolen zur Unterstützung der Befreiungsbewegung. Sie zerstreuten sich nach der Aufforderung: „Liebe Freunde und Freundinnen, auch wir protestieren gegen das Verbot des Vereins und dieser Demonstration. Wir werden alles tun, was wir tun können gegen die Verbote. Das war nicht unsere einzige Aktion. Wir werden noch viel tun. Deshalb lassen wir uns auf keine Provokation ein. Wir hüten euch, auseinanderzugehen.“ Die Polizei hatte schon begonnen, sich hinter den Jugendlichen zum Kessel zu formieren, aber sie konnte nur noch Luft einkreisen. Daß aus Anlaß des Protestes gegen das Verbot des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins niemand festgenommen wurde, ist vor allen den Kurdinnen und Kurden zu verdanken, die auf diese Provokation äußerst besonnen reagiert haben. (ulk)



Köln. 800 Leute beteiligten sich an der Universität an einer Demonstration gegen den Besuch des Bildungsministers Rüttgers. Eine Festveranstaltung mit dem Minister mußte abgesagt werden. (jgd)



Mahnwache am Landtag gegen REP-Alterspräsident

Am 11. Juni wird der neugewählte baden-württembergische Landtag eröffnet. Unter den 14 REP-Abgeordneten ist das älteste Landtagsmitglied, das als Alterspräsident die Eröffnungsrede halten soll. Um dagegen zu protestieren, ruft die VVN-BdA für den gleichen Tag ab 9.45 Uhr zu einer Mahnwache am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in der Nähe des Landtags auf. Das Motto: Keine Zusammenarbeit mit Brandstiftern! Die Abgeordneten des Landtags werden brieflich aufgefordert, an der Mahnwache teilzunehmen, anstatt der Rede des REPs zu lauschen.

Von dem ursprünglichen Vorhaben – am Vorabend der Landtagseröffnung eine Kundgebung auf dem Stuttgarter Schloßplatz durchzuführen – wurde abgesehen, da auf den Aufruf der VVN/BdA keine ausreichende Resonanz erfolgte. Beim letzten Vorbereitungstreffen einigten sich Vertreterinnen und Vertreter der PDS, der Jusos und der Naturfreunde auf das oben geschilderte Vorgehen.

Die Grünen hatten in einer Mitteilung Aktionen wegen „Hilflosigkeit“ abgelehnt und in Aussicht gestellt, daß sie im Herbst zu einem Ratschlag zum „Um-

gang mit Rechtsradikalen“ einladen werden.

aus Kommunale Berichte Stuttgart

Proteste gegen Castortransport in Mannheim

Am Dienstag, dem 7. Mai, versammelten sich gegen 18 Uhr am Mannheimer Hauptbahnhof ca. 150 Atomgegner, um gegen den Transport des Castorbehälters, der um 15 Uhr über den Ludwigshafener Hauptbahnhof geleitet wurde, zu demonstrieren.

Bei der spontanen Kundgebung wurden Transparente gegen den Transport gezeigt sowie Flugblätter verteilt. Ralf Spindler, Kreisvorstand der GRÜNEN Mannheim, forderte in seiner Rede die Oberbürgermeister von Mannheim und Ludwigshafen auf, Transporte dieser Art, ähnlich wie ihre Heidelberger Kollegin Beate Weber, durch ihre Städte zu verbieten. Die Demonstration verlagerte sich in das Bahnhofsgelände, wo die Beamten des BGS einen weiteren Redebeitrag zuließen. Danach formierte sich ein spontaner Demonstrationsszug zum Mannheimer Rosengarten, wo Spindler die Anwesenden auf die ab 20. Mai stattfindende Jahrestagung Kerntechnik sowie auf die dazu parallel ver-

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Ivan Jelinic kämpft um sein Leben

Hamburg. Seit seiner Verlegung in die JVA Straubing im Oktober 95 ist der Gefangene Ivan Jelinic, seit Jahren schon unter Isolationshaftbedingungen inhaftiert, in strengster Einzelhaft isoliert. Er befindet sich im Hochsicherheitstrakt; seine Zelle hat weder Lichtschalter noch Steckdose, so daß er sich nicht einmal Tee kochen kann. Die Gegenstände in seiner Zelle, Tisch, Stuhl, Bett, sind in der Wand auf Metallträgern aufgehängt, der Schrank besteht aus fünf Betonplatten in der Wand. Das ist alles. Seine Wände sind kahl, glatt und kalt. Vor dem Fenster befindet sich ein Dreifachgitter aus 5 mm Maschen, 5 cm Drahtnetz und Vierkantgitter. Einzelhofgang. Besuch nur mit Panzerglas-scheibe. Kein Kirchgang. Totale Überwachung der Kommunikation mit der Außenwelt. So schilderte er Ende Dezember seine Haftbedingungen.

Von Februar bis 20.3. verweigerte er 44 Tage alle Nahrungsmittel außer Wasser und Brot, erreichte damit, zweimal pro

Woche je 1 Stunde Tischtennis mit einem Mitgefangenen spielen und dreimal je 3 Stunden fernsehen zu können. Das war alles. Er blieb im Trakt und vom Regelvollzug ausgeschlossen. Am 9. April nahm Ivan Jelinic einen Hungerstreik auf, und Ende April kündigte er an, zum 1. Mai in den Durststreik zu treten, um endlich eine Änderung seiner Lage zu erreichen.

Er kam ins Haftkrankenhaus, wurde inzwischen jedoch in den Hochsicherheitstrakt zurückverlegt. Nach jüngsten Informationen will er den - lebensbedrohenden - Durststreik jetzt aufnehmen. „Mir bleibt ... keine Alternative“, schrieb er an einen Freund. „Es muß einfach mal auf die HS-Trakte aufmerksam gemacht werden. Die Werkzeuge müssen abgeschafft werden.“ Er braucht Unterstützung. Protestschreiben an: JVA Straubing, Anstaltsleiter, Äußere Passauer Str. 90, 94315 Straubing.

scc, nach „Angehörigen Info“ 181

Im Bannkreis des Vereinsgesetzes

Rechtsstaatlichkeit in der BRD?

München. Am Samstag, den 3.5.96 fand in Landshut (Niederbayern) eine hauptsächlich von der AG International LA organisierte Kundgebung mit dem Thema „Was wissen Sie über die Friedensvorschläge der PKK?“ statt. TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion unter freiem Himmel waren Vertreter von örtlichen Organisationen und AGs, ein Kurde sowie ein türkischer Staatsbürger und Vertreter der SPD und der Jusos. Da der Themenkomplex „Kurdistan“ für die PDS Moosburg einen der Schwerpunkte ihrer Arbeit darstellt, erstellten sie ein Transparent mit der Aufschrift „Nein zum PKK-Verbot“. Schon vor Beginn der Kundgebung durchsuchte ein Kriminalpolizist Infomaterialien, um die Kundgebung auflösen zu können. Da der Beamte scheinbar nicht fündig wurde, bemängelte er sofort

nach dem Entrollen das Transparent und bezeichnete es als „PKK Werbung“ und forderte die PDS-Mitglieder auf, es einzurollen. Da die Forderung, das PKK-Verbot aufzuheben, keinesfalls illegal ist, wurde dem nicht nachgegangen. Da die Argumentation der Polizeibeamten nicht den gewünschten Erfolg brachte, bediente man sich nun einer härteren Gangart. Mit sehr aggressivem Ton forderte der Wortführer der Polizisten uns auf, das Transparent einzurollen. Um den Ablauf der Veranstaltung nicht zu gefährden, wurde nun unter Protest das Transparent „zensiert“, indem der PKK-Schriftzug mit einem Tuch überhängt wurde. Daraufhin zog sich die Polizei wieder in Seitenstraßen zurück. Die Kundgebung konnte ohne weitere Störungen der Polizei ablaufen.

aus Münchener Lokalberichte



Aktion gegen Sparhaushalt

Breite Aktionseinheit gegen Frankfurter Magistrat

Frankfurt. Die Haushaltsvorlage des Magistrats sowie die schon vorher vorgenommene Streichung städtischer Unterstützung für politisch unliebsame Selbsthilfegruppen führten am 9. Mai verschiedenste Gruppen und Organisationen an einen Tisch und gemeinsam auf die Straße.

Unter dem Einfluß des Bündnisses riefen auch die örtliche ÖTV und der DGB ihre Mitglieder zur Demonstration auf. „Krach schlagen gegen das Streich-

konzert im Römer“, war die Devise von mehr als 1000 Menschen, die durch eine laute Kundgebung die Beschlußfassung im Rathaus für ca. zwei Stunden verzögerten. Die Fraktion der GRÜNEN versuchte, sich wieder als Opposition zu zeigen und stimmte gegen die vom grünen Kämmerer ausgearbeitete Vorlage. Die Forderung nach einem Zins- und Schuldenmoratorium gewinnt zunehmend an Beliebtheit.

(udi)



Fotos: Jürgen Tauras

laufende Gegenveranstaltung hinwies.
aus Kommunales Info Mannheim

Kundgebung gegen geplante Atomkraftwerk in Viereth

Schweinfurt. Am Sonntag, dem 5. Mai, gab es zum sechsten Mal eine Kundgebung gegen ein geplantes Kernkraftwerk in Viereth. Aus Schweinfurt waren wieder Leute von der BABI, den Grünen und vom ADFC dabei. Einige fuhren mit dem Auto oder der Bahn, doch die schönste Anfahrt hatten die Radler, die um 10 Uhr am Stadtbahnhof starteten. Im Laufe des Nachmittags kamen insgesamt 5 000 Menschen zusammen, um ihre Position gegen den Bau eines Kraftwerks in Viereth darzustellen.

aus nachrichten & standpunkte

Karlsruher Entscheidung zum Asylrecht:

München. In seiner Grundsatzentscheidung zum Asylrecht hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das Gesamtkonstrukt weitgehend bestätigt. Im juristischen Detail jedoch auch punktuelle kosmetische Liberalisierungen der bestehenden Gesetze angefügt.

Nach Auffassung des Bayerischen Flüchtlingsrates kam diese politische Entscheidung infolge eines starken politischen Drucks auf die Karlsruher Richterinnen und Richter zustande, sie spiegelt die Einflußmöglichkeiten der konservativen Kräfte in unserer Gesellschaft wieder, die unvermindert die Demontage des Grund- und Menschenrechts auf Asyl betreiben.

Damit hat das BVerfG dem politischen Pragmatismus der Stunde nachgegeben, es bezieht sich nicht mehr auf die historischen Fundamente und Grundwerte des Asylrechts, in denen die Würde des Menschen eine tragende Rolle spielt(e). Der aus den Erfahrungen mit der NS-Zeit geborene und von den Müttern und Vätern unserer Verfassung verbriefte Schutz des Individuums gegenüber dem Staat ist umgekehrt worden: Die Entscheidung schützt den Staat vor dem Individuum, dem politischen Flüchtling.

Die Bestätigung der sogenannten „Drittstaatenregelung“, die der in der Verhandlung gehörte Sachverständige Prof. Dr. Kälin als die restriktivste in Westeuropa bezeichnet, widerspricht zumindest der Auffassung des Bundestages, Drittstaaten ohne weitere Kriterien für sicher zu erklären. Das BVerfG hat nun den Begriff des „sicheren Viert-

staaten“ neu eingeführt, der Auswirkungen auf die Sicherheit der „Drittstaaten“ haben wird. Bekanntlich wurden vor einigen Tagen aus Polen 63 afghanische Flüchtlinge nach Litauen zurückgeschoben, obwohl dort die Genfer Flüchtlingskonvention nicht eingehalten wird. Logischerweise ergibt sich durch den nicht sicheren Viertstaat Litauen der nicht sichere Drittstaat Polen. Als fatale Konsequenz dieses Viertstaaten-Zusatzes ist demnach zu erwarten, daß sich der Rechtsschutz für Flüchtlinge stufenweise von Deutschland nach außen, von der Festung nach unten vermindern wird, wo er im Burggraben v.a. an den östlichen Rändern Europas zu verpuffen droht.

Kettenabschiebungen von Deutschland bis zum Verfolgerland sind zu befürchten.

In devoter Ergebnishaft bescheinigt das BVerfG der Bundesregierung „Europafähigkeit“ und orientiert sich in vielen Teilen an einem europäischen Asylrecht von morgen, obwohl praktische Abstimmungen bisher ebenso fehlen wie eine gesamteuropäische Einigung auf einen Flüchtlingsbegriff.

Es gilt nun um so mehr, alle solidarischen Menschen in der Asylarbeit dahingehend zu ermutigen, mit dem unantastbaren Gut der Achtung der Men-

schenwürde und dem entschlossenen Willen zu Verteidigung des Flüchtlings-schutzes im Gepäck die an den europäischen Außengrenzen abgeschobene Verantwortung nach entgegengesetzter Wegweisung Stufe für Stufe einzuklagen und das Niveau des Schutzes zu heben

aus Münchener Lokalberichte, Presseerklärung des Bayerischen Flüchtlingsrates, gez. Michael Stenger, Sprecher

Polizei und Shell gemeinsam gegen Autofahrer

Köln. Bei zwei Blockaden - am 4.5. und 11.5. - der Shell-Tankstelle Bonnerstraße / Ecke Bonner Wall wegen der mörderischen Machenschaften des Öl-Konzerns in Nigeria wurde es offenkundig: Der Shell-Konzern (vertreten durch den Gebietsleiter) und die Polizei übten nicht nur freundliche Zurückhaltung bis hin zur Unsichtbarkeit gegenüber den Demonstranten, sondern unterstützten diese aktiv, indem sie aufgebrachte Autofahrer der Tankstelle verwiesen. So blieb alles friedlich und die Tankstelle blockiert. Shell-Parole: Nur kein Aufsehen!

aus Lokalberichte Köln

Vom kreißenden Berg, der ein Mäuslein gebär ...

Sachsens Polizeigesetz auf verfassungsrichterlichen Prüfstand. Von Lothar Böhme

Das hiesige Landesverfassungsgericht hat dem Sächsischen Polizeigesetz die Flügel gestutzt. Mancher wird's mit Wohlwollen registriert haben, mancher - und wahrscheinlich die meisten - Bürger im Freistaat hat erst durch den verfassungsrechtlichen Flügelstutz mitbekommen, was überhaupt so alles „drin ist“ im Polizeigesetz. Und das ist im Grunde genommen alles, was ein Ermittlungsbeamtenherz höher schlagen läßt: vom Großen Lauschangriff über verdeckte Ermittlung bis hin zur 14tägigen Vorbeugehaft.

Kenner der Szene haben schon lange vor der jüngsten Entscheidung mahnend den Zeigefinger gehoben: Sachsen katapultierte sich mit diesem Polizeigesetz an die Spitze aller Bundesländer, wenn es darum geht, Leute hinter Gitter zu bringen.

Das mag überzogen klingen, denn bei aller berechtigten Kritik war der Freistaat noch lange kein Polizeistaat. Aber: Das in seiner jetzigen Abfassung bis Ende der Legislaturperiode gültige Polizeigesetz (erst bis dahin soll es dem Verfassungsentscheid nach novelliert werden) ist ein in Gesetzesform gegossener Versuch, Grundprinzipien des Rechtsstaates anzutasten. Dazu gehören pauschale Eingriffe in Persönlichkeitsrechte des einzelnen ebenso wie ein fast vollständiger Verzicht auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der zum Einsatz kommenden Mittel.

Innenminister Hardrath befehlte sich zwar umgehend zu beteuern, das Gesetz sei ja noch gar nicht angewendet worden. Das allerdings taugt nicht nur nicht zur Beschwichtigung, sondern legt zudem ministerielle Gedächtnislücken offen. Im August vergangenen Jahres beispielsweise wurden bei einer Polizeiaktion gegen vermutliche Rechtsradikale in Frankenberg dutzende Personen bis zu zehn Tagen in Vorbeugegewahrsam genommen, um deren Identität festzustellen. Und schließlich war es Hardraths Amtsvorgänger Heinz Eggert (CDU), der seinerzeit nachweislich mindestens vier Polizeipräsidien in Sachsen angewiesen hatte, Hotelmeldescheine planmäßig zu überprüfen.

Mit Tatverdächtigen-Ermittlung hat das nur bedingt zu tun, wohl aber mit einem gefährlichen, weil keineswegs verfassungskonformen Hang zu flächendeckender Ermittlung auch gegen unbescholtene Bürger.

Bedenken dagegen wischt Eggert mit der Bemerkung vom Tisch, daß andere Bundesländer sich längst schon Sachsens Polizeigesetz zum Vorbild genommen hätten, wenn sie denn über ähnliche parlamentarische Machtkonstellationen verfügen würden wie eben in Sachsen.

Und in der Tat: Wohl nur im CDU-alignierten Sachsen konnte es möglich sein, sich wider alle mahnenden Stimmen - auch aus den eigenen Reihen - Teile aus bayrischen und baden-württembergischen Polizeigesetzen herauszuschneiden und zu einem gefährlichen „sächsischen Polizei-Mix“ zusammenzufügen.

Kam denn den Gesetzesmachern nicht mal im Ansatz die Idee, daß das, was da und dort in seinen Einzelteilen per jeweiliger Landesverfassung gedeckt scheint, hierzulande in erzwun-

ger Kombination nicht a priori verfassungskonform sein muß?

Dagegen drängt sich der Eindruck auf, daß in Sachsen mit der Abfassung des Polizeigesetzes ein Paket bewußt so überfrachtet und zusammengezurrt wurde, um zu testen, wie weit die Politik in diesem ohnehin sensiblen Bereich belastbar ist. Die Quittung, jedenfalls eine kleine, wurde jetzt vom Landesverfassungsgericht präsentiert.

Sicher eine Genugtuung für die parlamentarische Opposition. Zumdest aber für jene 41 Abgeordnete von SPD und (in der 1. Legislaturperiode noch parlamentspräsident) Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die die Verfassungsklage seinerzeit auf den Weg gebracht hatten. Ihren Intentionen dürfte es auch entsprechen, wenn nunmehr festgeschrieben wurde, daß der Innenminister jährlich vor dem Landtag einen Bericht über alle verdeckt geführten Überwachungsaktionen vorlegen muß. Zudem muß er resp. sein Stellvertreter künftig persönlich jeden Einsatz eines verdeckten Ermittlers persönlich absegnen.

Das findet auch die Zustimmung der PDS-Fraktion im Landtag. Nur: Ihre Forderungen gehen wesentlich weiter. „Politisch kann ein Gesetz, das in Teilen als nicht verfassungskonform angesehen wird, nur als in Gänze verfassungswidrig angesehen werden.“ So jedenfalls MdL Klaus Bartl als Reaktion auf den Entscheid der Leipziger Verfassungsrichter.

Gewiß war sein Unmut auch darauf zurückzuführen, daß etliche Bestimmungen der Männer in den grünen Roben die Vermutung nähren, ein gehöriges Stück an der Wirklichkeit vorbeigezogen zu haben. Gut und richtig, wenn festgelegt wird, daß heimliche Ermittlungsmethoden nur dann zur Anwendung kommen dürfen, „wenn Leben, Gesundheit sowie Freiheit von Personen bedroht“ seien. Nur, wer entscheidet letztlich vor Ort darüber? Oder: Der Lauschangriff z.B. auf eine Wohnung soll nach verfassungsrichterlichem Entscheid nur dann statthaft sein, „wenn unmittelbar bevorstehende Straftaten“ zur Debatte stehen. Welcher Kripo-Beamte aber weiß das schon vor der „Wanzen“-Installation?

Festzustellen scheint, daß die nun verfassungsrechtlich vorgeschriebene Novellierung zwar zu Änderungen führen, jedoch kein neues Polizeigesetz bringen wird. Deshalb dürfte sich kaum Jubel, wie vom sächsischen Datenschutzbeauftragten Thomas Giesen angestimmt („Ein Sieg des Rechtsstaates!“), breit machen. Warum auch? Bei Lichte besehen ist Sachsens Polizeigesetz, in den Rahmen der Landesverfassung passend, zurechtgestutzt worden.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang: Am Zustandekommen eben jener Landesverfassung waren im wesentlichen jene politisch-parlamentarischen Geburtshelfer im Alleingang tätig, wie später beim Hervorbringen des Polizeigesetzes - und sie werden es auch sein, die federführend seine Novellierung betreiben werden. Fazit: Mehr als kosmetische Korrekturen dürften es kaum werden.

Lothar Böhme ist Redaktionsmitglied der Zeitung „Leipziger NEUE - Linksblick für Sachsen“

„Aktion Gelöbnis verhindern“

Proteste gegen das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin am 31. Mai

„Am 31. Mai wird die Bundeswehr zum ersten Mal in Berlin ein öffentliches Gelöbnis veranstalten. 4.500 geladene Gäste sollen nachmittags vor dem Schloß Charlottenburg der öffentlichen Selbstentwürdigung von 500 Rekruten als Kulisse dienen, wenn diese den 'Schwur auf Treue und Tapferkeit' leisten. Wir rufen auf, Militarisierung öffentlicher Plätze zu verhindern und das unwürdige militärische Schauspiel aus der Stadt zu verbannen.“

So beginnt ein mehrseitiges Informationsblatt, mit dem seit etwa Mitte Mai die Berliner „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“, DFG/VK und andere antimilitaristische Gruppen, PDS, Grüne, Neues Forum, AStEN, Jusos, LandesschülerInnenvertretung und andere gegen das von Bundesregierung, Militärführung und Berliner Senat geplante erste öffentliche Gelöbnis in Berlin mobilisieren. Mit einer Demonstration, die um 13 Uhr auf dem nahe dem Schloß gelegenen Richard-Wagner-Platz beginnt, sollen die Aktionen am Tag des Gelöbnisses begonnen werden.

Die aufrufenden Organisationen betrachten ihre Aktion auch als einen Protest gegen die wachsende Militarisierung der Hauptstadt. Während anfänglich nur von einer Stationierung von 1.500 Soldaten in Berlin die Rede war, sind es jetzt bereits 4.700, bis zur Jahrtausendwende sollen sogar 6.000 Soldaten in der Stadt stationiert werden - während gleichzeitig im ehemals durch den Sonderstatus der Stadt entmilitarisierten Westen noch immer über 50% der erfaßten Berliner den Wehrdienst verweigern.

Bundespräsident Herzog soll die Ansprache beim militaristischen Gelöbnisspektakel halten, Kohl und Rühle sowie der gesamte Berliner Senat haben sich ebenfalls angesagt. Ex-General Schönbohm, jetzt Berliner Innensenator, will tausende von Polizeikräften auf

fahren, um die geladenen Gäste und das Spektakel vor „Störungen“ zu schützen.

Der Widerstand gegen das Spektakel ist breit. Knapp zwei Wochen vor dem Gelöbnis lehnte auch die zuständige Bezirksvertretung (SPD-Grüne) das Spektakel ab und weigerte sich, die ihrer Verwaltung unterstehende Grünfläche der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Bürgermeisterin Monika Wissel: „Die Bürger brauchen den Park zur Erholung.“ Außerdem sei der Bezirk vom Senat gar nicht gefragt worden, habe von dem Militärspektakel erst aus der Zeitung erfahren. Innensenator Schönbohm, assistiert von der SPD-Landesführung, tobte: „Berlin als Hauptstadt ist mehr als die Summe der Kieze: So ist Berlin nicht hauptstadtfähig!“ Am 22. Mai entzog der Senat darauf der Bezirksvertretung die Befugnis, über die Zulässigkeit der Gelöbnisfeier zu entscheiden. Die Bezirksvertretung will die schriftliche Entscheidung prüfen und evtl. gegen die Senatsentscheidung klagen.

Während so bei Redaktionsschluss noch offen war, ob das erste öffentliche Gelöbnis überhaupt stattfinden kann, werden bereits weitere Aktionen gegen die zunehmende Militarisierung vorbereitet.

Ein „Anti-Militärisches Oberjubiläum K.O.M.I.T.E.E. AMOK“ bereitet für den 3. Oktober, den Jahrestag der DDR-Annexion, eine „Jubelparade“ durch das Brandenburger Tor vor unter dem Motto: „Das Volk lacht das Militär aus!“

„Hosenschießende Offiziere, geifernde Armeegeistliche, schreckliche Marinereicher“, ein ABC-Schutzmasken-Ballett, jagende Feldjäger, kamellenschießende NATO-Generäle und andere Jecken werden die Parade der Deserteure und Wehrkraftzersetzer durch Berlin begleiten“, heißt es in einem Ankündigungsflugblatt der Initiative.

(rül)

Der Papst ist am 23. Juni in Berlin

Antifaschistische und antiklerikale Gruppen bereiten Proteste vor und klären über die Kirchengeschichte auf

Aus diesem Anlaß hat sich ein „AK Papstbesuch“ gegründet, der mit Aufklärung und Aktionen im Vorfeld und am 23.6. selbst gegen den Besuch mobil macht. In einem Infoblatt des „AK Papstbesuch“ heißt es:

„Es gibt viele Gründe, zum Papstbesuch kritisch Stellung zu beziehen. Z.B. die Politik der katholischen Kirche zu Abtreibung, Verhütung und Homosexualität, die Diskussion um den LER-Unterricht (Lebensgestaltung-Ethik-Religion) in Brandenburg oder ihre Verflechtung mit den Medien.“

Offizieller Höhepunkt des Papstbesuches ist die Seligsprechung zweier katholischer Geistlicher für ihre Haltung während der NS-Zeit. Dies ist der Grund für uns, uns mit der Rolle der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus und Faschismus zu beschäftigen. Wir organisieren eine kritische Filmreihe mit Diskussionen, sammeln Informationen und stellen Hintergrundmaterialien zusammen. Wir wollen damit bereits im Vorfeld des Papstbesuches eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Papstes, des Vatikans und der katholischen Kirche in der Gesellschaft anregen.

Höhepunkt der KritikerInnen wird eine spaßige Demo am Nachmittag des Papstbesuches sein vom Nollendorfplatz in Richtung Brandenburger Tor. (Beginn 14 h)

Neben Konzerten, antiklerikalen Festen, einer Kirchengeschichte-Hotline wird eine Videofilmreihe gezeigt, die bereits am 8. Mai begonnen hat (u.a. mit Filmen über die „Rattenlinie“ und in der bis zum 23. Juni u.a. noch folgende Filme gezeigt werden:

5. Juni: „Das Geheimnis der Grabesritter“ (20 Uhr, im 'Größenwahn'),

13. Juni: „Goya“ von Konrad Wolf (19 Uhr, Kino Arsenal),

14. Juni: „La Ricotta“ von Pasolini, „Simon in der Wüste“ von Bunuel (ab 19 Uhr, Kino Arsenal).

Am 20.6. gibt es eine Lesung zur „Kriminalgeschichte des Papsttums“ mit Karlheinz Deschner (20 Uhr, Roter Salon der Volksbühne).

Der „AK Papstbesuch“ ist erreichbar jeden Donnerstag ab 20 Uhr unter der Adresse:

AK Papstbesuch
c/o Umweltbibliothek
Schliemannstraße 22
10437 Berlin (Prenzlauer Berg)
Tel. 030-44650910.

(hat)

Solidarpakt für Fristverträger?

Die rigide Haushaltspolitik der Großen Koalition in Berlin bedeutet im Schulbereich Kürzungen von 121 Millionen Mark allein in diesem Jahr. Hauptbetroffene – neben den Schülern – sind 1241 Fristvertragslehrer, deren Arbeitsverträge zur Disposition stehen. Seit Wochen kämpfen GEW, aber vor allem auch Schüler, Eltern und Kollegenschaft für die Verlängerung dieser Lehrer (u.a. in dutzendweisen Kleinstanzeigen in der Presse). Ohne Erfolg. Nach einer neuesten Senatsentscheidung werden zwar 600 Verträge verlängert, allerdings nur mit Zweidrittelarbeitszeit, konkret bedeutet dies die Streichung von drei Vierteln des bisherigen Umfangs.

Obwohl die GEW Berlin „tief enttäuscht“ war, will sie weiter für die Verlängerung aller Fristverträger eintreten. Wie? Mit einem „Solidar-Vertrag“! Die GEW ruft dazu auf, freiwillig auf einige Stunden Arbeitszeit zu verzichten. Die Senatsschulverwaltung verpflichtet sich, diese Stunden in einem Fonds zu sammeln, aus dem dann die Vertragsverlängerungen finanziert werden.

Nach Einschätzung der GEW würde es ausreichen, wenn jeder dritte Lehrer auf eine Unterrichtsstunde verzichten würde (ca. 4% Reduzierung). Allerdings sind im Westteil der Stadt bereits 30% der Lehrer auf Teilzeit, im Ostteil nur 3%. So richtet sich die GEW-Kampagne für Teilzeit denn auch besonders an die Ostberliner Lehrer, die jetzt mit den überwiegend Westberliner Fristvertragslehrer Solidarität zeigen sollen.

Ob und in welchem Umfang der Vorschlag von den Lehrern angenommen wird, werden die nächsten Wochen zeigen, in denen Personalversammlungen



Die Vertreter der BDA verhindern die Allgemeinverbindlichkeit des Mindestlohns für den Bau. Fernsehbild: Aktion der IG BAU in NRW.

in allen Bezirken durchgeführt werden. Für manchen Lehrer mag eine freiwillige Einkommensreduzierung tragbar sein. Für die große Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die derzeit im Tarifkampf stehen, jedoch nicht.

So oder so bleibt am Ende eine Reduzierung der Unterrichtsstunden für Schüler. Oder erwartet die GEW, daß die freiwillig abgegebenen Unterrichtsstunden freiwillig weitergegeben werden? – (har)

IG Medien kämpft beim Bund-Verlag für Tarifvertrag

Der Bund-Verlag ist eine 100prozentige Tochter der Büchergilde Gutenberg, diese wiederum ist eine 100prozentige Tochter der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG), die im Besitz der im DGB organisierten Einzelgewerkschaften ist. Der erste Firmentarifvertrag wurde zwischen dem Bund-Verlag und der IG Druck und Papier am 29.11.1955 abgeschlossen. Danach vereinbarten die Tarifvertragsparteien regelmäßig einen Gehaltstarifvertrag und einen Manteltarifvertrag.

Im Frühjahr 1995 wurde die IG Medien durch Vertreter der BGAG davon un-

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

terrichtet, daß zukünftig die Verbandstarifverträge für Buch- und Zeitschriftenverlage an Stelle der Firmentarifverträge angewendet werden sollen. Begründet wurde die Entscheidung mit Hinweisen auf die Kostenentwicklung, die Wettbewerbssituation und die seit längerer Zeit bestehende Mitgliedschaft in den zuständigen Arbeitgeberverbänden (Buch- und Zeitschriftenverlag).

In einem Gespräch des Landesbezirksvorsitzenden der IG Medien NRW mit Vertretern der Geschäftsleitung der BGAG am 29.3.1995 wurde die Fortsetzung der Verhandlungen über den Neuabschluß der gekündigten Haustarifverträge vereinbart. In den folgenden Verhandlungsrunden konnten jedoch nicht alle notwendigen Kompromisse gefunden werden. Zum erreichten Verhandlungsstand wurden die Gewerkschaftsmitglieder im Bund-Verlag Anfang Dezember von der IG Medien befragt. Knapp 80 % der Abstimmungsteilnehmer sprachen sich für Streikaktionen aus. Zum ersten Mal in der Geschichte des gewerkschaftseigenen Verlages wurde dann am 26.1.1996 ein zweistündiger Warnstreik durchgeführt. Mit einem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung beim Arbeitsgericht Köln versuchte die Geschäftsleitung weitere Streikaktionen zu unterbinden. Das Gericht stellte jedoch fest, daß die Streikaktion nicht gegen die tarifliche Friedenspflicht verstoßen habe und wies den Antrag zurück. Die Verhandlungen über den Neuabschluß der Haustarifverträge wurden dann am 23.2.96 fortgesetzt. Bis auf zwei Tarifbestimmungen, die auf Verlangen der Geschäftsleitung geändert werden sollen, konnte Einigung zum Neuabschluß des Manteltarifvertrages erreicht werden. Zur Klärung der beiden umstrittenen Regelungen sollte auf Vorschlag der IG Medien der Tarifausschuß entsprechend den Bestimmungen des MTV angerufen werden.

Die Geschäftsleitung legte am 7.3.96 Berufung in dem einstweiligen Verfügungsverfahren gegen die Entscheidung des Arbeitsgerichtes Köln beim Landesarbeitsgericht Köln ein.

Nach wochenlangem Schweigen der Geschäftsleitung erhielten die Beschäftigten Ende März ein Schreiben des Vorstandsvorsitzenden der BGAG, Hans Matthöfer, über die Anwendung der Verbandstarifverträge ab 1.4.1996. Die Entscheidung der Geschäftsleitung, die Firmentarifverhandlungen für beendet zu erklären und nunmehr die Verbandstarifverträge anzuwenden, hat bei den Beschäftigten und der IG Medien große Empörung ausgelöst. Die IG Medien NRW forderte die Geschäftsleitung des Bund-Verlages zur Fortsetzung der Verhandlungen über den Neuabschluß der Haustarifverträge auf. Die Aufforderung der IG Medien ist von der Geschäftsleitung des Bund-Verlages bis heute nicht beantwortet worden. Aus gewerkschaftlichen Bereichen hat es seit Anfang April dagegen Bemühungen gegeben, die Geschäftsleitung des Bund-Verlages zur Einlassung auf das mögliche tarifliche Schlichtungsverfahren zu bewegen. Die Gewerkschaftsmitglieder beim Bund-Verlag haben sich dann in einer außerbetrieblichen Versammlung am 6.5.96 dazu entschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen. Auf Antrag des Geschäftsführenden Vorstands der IG Medien NRW wurde vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft die Durchführung der Urabstimmung beschlossen.

Überschattet wird der Tarifkonflikt durch zahlreiche innerbetriebliche Streitigkeiten, ausgelöst durch Kündigungen, Versetzungen, Zurückstufungen, Maßregelungen und nicht zuletzt durch wiederholte Mißachtung der selbstverständlichen Rechte des Betriebsrats. Seit Monaten schweben zahlreiche Rechtsstreitigkeiten vor dem Arbeitsgericht. – (Presseinformation IG Medien NRW, 17.5.96)

In der diesjährigen Tarifrunde stellen die Banken und Versicherungen die Forderungen unbezahlte Karenztage bei Krankheit, Wiedereinführung des Samstags als Regelarbeitstag, Anrechnung von Kuren und betrieblicher Weiterbildung auf den Urlaub, Wegfall von Überstundenzuschlägen, Umwandelbarkeit von Urlaub in Geld, vollständige Flexibilisierung der Jahresarbeitszeit – das sind ihre Kernforderungen. Bei der Unterschrift der Gewerkschaften unter solche Dreistigkeiten wäre man unter Umständen bereit, ein Gehaltsangebot etwa in Höhe der Inflationsrate (offiziell: ca. 1,5%) vorzulegen.

Die Gewerkschaftsforderungen nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) und weiteren beschäftigungssichernden Maßnahmen sowie Gehaltserhöhungen von 5,5% (HBV/Banken) bzw. 6% (HBV/Versicherungen), um die enorm gestiegenen finanziellen Belastungen wenigstens teilweise auszugleichen, werden von der Kapitaleseite rundweg abgelehnt. Verhandelt wird jeweils für die Tarifgebiete West, d.h. für 465 000 Beschäftigten in den Banken und 240 000 in den Versicherungen.

Banken: In der dritten Verhandlungsrunde am 23.5.96 haben die Bankenvertreter bekräftigt, daß unterm Strich ein „Nullsummenspiel“ herauskommen müsse. Sie glauben, in der jetzigen Lage alles das durchsetzen zu können, was sie schon seit Jahren planen. Das Erreichen immer neuer Rekordgewinnmarken, die Expansion nach Europa und auf den Weltmarkt sollen ungebremselt weitergehen. Die Gewerkschaften forderten sie auf, sie müßten „schon mächtiger werden, um uns zu beeindrucken“.

Urabstimmung bei Banken

Tarifrunde bei Banken und Versicherungen

Die Tarifkommission der HBV hat daraufhin die Durchführung von Warnstreiks, Urabstimmungen und Streiks beschlossen. Bis zur nächsten Verhandlung am 18.6. müßte jetzt einiges passieren, um die Banken wenigstens etwas „zu beeindrucken“.

Stattdessen hat am Verhandlungstag eine Reihe von Warnstreiks. Allein in Berlin legten 2000 Gewerkschafter für drei Stunden die Arbeit nieder. 37 Filialen der Berliner Bank und der Sparkasse blieben zeitweise geschlossen. Auch rund 300 Beschäftigte von Versicherungen beteiligten sich an dem Warnstreik, der mit einer Kundgebung an der Gedächtniskirche beendet wurde.

Versicherungen: Hier haben die Kapitalvertreter in der zweiten Runde am 20.5. ihre Forderungen das erste Mal im Detail rausgelassen. Im Unterschied zu ersten Jahren versuchen sie sich gar nicht mehr im Jammern. Unumwunden bestätigen sie die Auffassungen der Gewerkschaften, daß sich die Versicherungen in den letzten Jahren dicke finanzielle Polster zugelegt haben (z.B. hat allein die Allianz 1995 3 Milliarden DM (!) Gewinn gemacht/vor Steuern). In etlichen Gesellschaften sind die Dividenden heraufgesetzt worden. Auch das Jahr 1996 hat mit deutlichen Zuwächsen z.B. bei den Lebensversicherungen begonnen (+8% in der Summe und +6% in der Stückzahl). Die Versicherungen lechzen nach weiteren Verschlechte-

rungen in der Gesundheits- und Altersversorgung, auf die sie nicht mehr lange warten müssen und von denen sie enorm profitieren werden.

Dazu aus den Erklärungen des Verhandlungsführers der Versicherungen: „Nach Jahren, in denen die Erträge zwischen der Kapitaleseite und Beschäftigten gerecht aufgeteilt wurden, müssen wir in Zukunft mehr an die Kapitalgeber denken. Hier werden jetzt höhere Forderungen gestellt. Wir wollen nicht den Status quo, wir wollen expandieren.“ Und – bezogen auf die Tarifergebnisse der Vergangenheit: „Sie haben jahrelang Erfolg gehabt, Sie werden jetzt keinen Erfolg mehr haben. Die letzten Jahre haben Sie gewonnen, die nächsten Jahre werden wir gewinnen.“

Die dritte Verhandlung für die Versicherungen findet am 4.6. in Hamburg-Harburg statt. Die HBV bereitet zusammen mit der DAG einen Sternmarsch mit Kundgebung in der Innenstadt (Gänsemarkt) vor. Anschließend werden Busse zum Verhandlungshotel nach Harburg fahren. (Ob die Bankangestellten in Hamburg diese Aktion unterstützen, war bei



Redaktionsschluß noch nicht entschieden.) Unter den Beschäftigten ist die Wut vor allem auf die geplante Einschränkung der Lohnfortzahlung sowie auf die Samstagsarbeit (bei den Banken) so groß, daß es diesmal zu spürbaren Aktionen kommen sollte.

Allgemein wird erwartet, daß sich die Verhandlungsführer der Banken und Versicherungen kaum bewegen werden, bevor nicht im öffentlichen Dienst über die Angriffe in Sachen Lohnfortzahlung entschieden wird. – (res)

Jagd auf Kranke bei Mercedes

Am 29. April sprach das Betriebsratsmitglied Jürgen Drieling (Kollegengruppe) auf der Belegschaftsversammlung im Bremer Mercedeswerk zum geplanten „Gesundheitsprogramm“. Der von uns stark gekürzte Text ist vollständig im Solinet veröffentlicht.

Mercedes Benz will überall superlativ sein. In bisher nicht gekannter Arroganz wird alles Vorhandene in Frage gestellt. Arbeitnehmern wird, wie kann es anders sein, unternehmerisches Denken und Handeln abverlangt. Wir als Belegschaft haben allerdings andere Traditionen und Wurzeln. Unsere Arbeitskraft an Mercedes zu verkaufen basiert auf Abhängigkeit, für die wir nicht verantwortlich sind! Wir sind bestrebt, den für uns größten Nutzen daraus zu ziehen. Umgekehrt versuchen es die Arbeitgeber übrigens genauso mit uns. Es ist also nur legitim, wenn wir als Belegschaft erkennen, daß wir unsere Arbeitskraft schützen müssen!

Daß unsere Gesundheit durch die Arbeitsbedingungen hier im Werk sich nicht von allein erhält, wird schon daran deutlich, daß man dieser Belegschaft in den direkten Bereichen, Arbeitszeiten von bis zu 2x9 Stunden abverlangt! In allen 3 Montagebereichen wird diese gesundheitsschädliche Arbeitszeit favorisiert und in Halle 9 bereits praktiziert. Besonders die Halle 9, so haben wohl Centerleitung, Personalabteilung und Werkleitung bemerkt, soll sich demnächst einer Spezialbehandlung unterziehen. Ziel dieser Spezialbehandlung soll sein, die Fehlzeiten, eben krankheitsbedingte Fehlzeiten, zu reduzieren. Die Betriebsräte durften am 19.4.96 schon mal die Bekanntschaft mit diesem Konzept „Reduzierung Fehlstand Halle 9“ machen! Demnach sollte uns weisgemacht werden, es gehe hierbei um eine Führungsaufgabe. Die Führungskräfte der Halle 9 seien in sogenannten Rückkehrgesprächen besonders gefordert. Beim genaueren Hinsehen entpuppte sich dann das Ganze zu einer „Jagd auf kranke Kolleginnen u. Kollegen“! Kein Wort darüber, daß gerade die Halle 9 am stärksten unter den personalpolitischen Fehlentscheidungen, der letzten Jahre zu leiden hat. Daß es auf Grund dessen kaum Möglichkeiten gibt, vernünftige Gruppenarbeit zu entwickeln; die Rotationsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind, durch zu hohe Anteile von Befristungen und Verleihkräften. Kein Wort darüber, daß vorhandene Arbeit gesundheitsfördernd verteilt werden muß. – Nein, stattdessen Zielvorgaben, wie, der Krankenstand habe sich unter 10% zu bewegen! Oder, es sollen Fehlzeitenstände im Vergleich von Gruppe zu Gruppe öffentlich gemacht werden! Die Meister sollen praktisch eine zweite Personalakte führen und sich von Rückkehrgesprächen Notizen machen. Das ganze soll dann garniert werden, mit einem genauen Datenabgleich, möglichst ohne Betriebsräte. Die Betriebsräte erscheinen erst auf der Tagesordnung, wenn „der Sack zugemacht werden soll“!

Im dritten Rückkehrgespräch soll zw. muß der Betriebsrat dann anwesend sein. In den ersten beiden Rückkehrgesprächen wird der Betriebsrat hinzugezogen, wenn Kolleginnen u. Kollegen dies ausdrücklich wünschen. – „Nachtgall ich hör dir trampen!“ Ein solches Konzept, eine Jagd auf kranke Kolleginnen u. Kollegen, ist mit diesen Betriebsräten nicht zu machen. (Solinet)

Millionen gegen Milliarden auf verlorenem Posten

Bei der diesjährigen Hauptversammlung der BASF AG am 9. Mai in Ludwigshafen hatten die Alternativen und Kritischen Aktionäre zu ihrem Gegenanträgen zugleich ein bislang nie gekanntes Stimpfpaket in den Taschen, nämlich allein 20000 Aktienstimmen des mehrfachen Millionärs und Kohlenhändlers Nold aus Darmstadt. Der Herr ist letztes Jahr verstorben und sein Sohn ist ökologisch angehaucht mit einem sozialen Gewissen ausgestattet, das ihn zum Beispiel aufhorchen ließ, als er über das Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter im NS-Staat und bei den deutschen Großkonzernen las. So hat er seine Stimmen dem Dachverband Kritischer Aktionäre übertragen, der damit den Vorständen nicht nur der IG-Farben-Nachfolger, sondern auch von RWE, Daimler, Luft-hansa u.a. auf den Hauptversammlungen Unbehagen bereiten kann.

Bei Bayer AG gelang es dadurch der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ erstmals, zusätzliche Tagesordnungspunkte einzubringen und so den Verlauf der Hauptversammlung entscheidend mitzubestimmen. Dazu sind Stimmrechte von nominal 1 Million DM nötig. Die Coordination verlangte, eine Satzungsänderung bei Bayer, wonach der Chemieriese seine Verantwortung für alle Aktivitäten der IG Farben anerkennt, den Umweltschutz als Ziel der Unternehmensführung festschreibt und auf sämtliche Technologien mit unabsehbaren Risiken verzichtet sowie alle Entscheidungsgremien des Konzerns paritätisch mit Männern und Frauen besetzt. Das sind nur vier der insgesamt zehn Satzungsänderungen. Ähnliches war auch bei der BASF geplant, scheiterte aber dieses Jahr an terminrechtlichen Hürden und wurde der Versammlung für nächstes Jahr angekündigt.

Gegen Globalisierung – für regionales Wirtschaften

Nichtsdestotrotz gab es genügend andere Anträge der „Aktion Alternativer BASF-Aktionäre“ und eines Vorstandsmitglieds des Bundes für Umweltschutz (BBU). So verlangte MdB Jürgen Rochlitz (GRÜNE), Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten, weil er „den ausgewiesenen Bilanzgewinn fast ausschließlich auf dem Rücken des heute durch Arbeitsplatzabbau nicht mehr vorhandenen Teils der Belegschaft erwirtschaftete; der gadenlose Arbeitsplatzabbau dominierte die Leitlinien der Geschäftspolitik. Zu kurz gekommen sind Innovationsfähigkeit und Kreativität beim Aufbau wirklich zukunftsfähiger Geschäftsbereiche... Der Vorstand hat auch nicht aus den Erfahrungen mit den hochproblematischen Stoffen aus der Chlorchemie gelernt; zwanzig Jahre nach Seveso sollen durch Forcierung der Gentechnik erneut unbekannte Risiken für Mensch und Natur eingegangen werden.“

Seine Forderungen würden von der Versammlung mit Empörung aufgenommen, nämlich statt der 14-DM-Dividende je Aktie sich mit nur 9 DM zufriedenzugeben, einmal an diejenigen zu denken, die den Gewinn erwirtschaften und 5 DM/Aktie einer „Stiftung zukunftsfähiger Rhein-Neckarraum“ zuzuführen, womit z.B. Beschäftigungsgesellschaften gefordert werden sollten. Vor allen Dingen aber solle entgegen dem Trend zur Globalisierung die Grundlagen für eine regionale Stoff-

wirtschaft und für Chemiearbeitsplätze in der Region geschaffen werden.

Zwangsarbeiter und Dioxingeschädigte

In zwei Gegenanträgen (auch vom BBU) wurde erneut eine Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter der IG Farben gefordert. 5 Millionen DM sollten in eine Stiftung „Verantwortung der IG-Farben-Erben für die Zukunft“ eingestellt werden. Zweck der Stiftung sollten u.a. neben Entschädigungszahlungen sein: Öffnung der Werksgeschichte als Lern- und Mahnbeispiel, Errichtung von Mahn- und Gedenktafeln im Werk, Finanzierung einer Wanderausstellung zum Thema „Zwangsarbeit in der IG Farben“, Einrichtung einer Bibliothek und einer Jugendbegegnungsstätte zum Thema „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“. Hermann Morweiser, der ein umfangreiches Antifa-Archiv in Ludwigshafen führt und ein Buch über die „Pfälzer Juden und die IG Farben“ verfaßte, erläuterte den Antrag und forderte auch für sich als Arbeiter und nicht promoviertem Historiker Zugang zum Werksarchiv und Aufhebung seines politisch motivierten Werkverbots aus den 50er Jahren. Beides wurde vom Vorstand positiv beschieden – das einzige Zugeständnis, das die kritischen Aktionäre an diesem Tag für sich verbuchen konnten.

In zwei engagierten Redebeiträgen verlangte Eduard Bernhard (BBU) eine Nichtentlastung des Vorstands wegen ungenügender oder fehlender Entschädigung von arbeitsplatz- und störfallgeschädigten BASF-Mitarbeitern. Speziell führte er das Dioxinopfer von 1953, Kurt Burckhardt aus Frankenthal, an, der heute arbeitslos ist, schwer krank und keine Entschädigung erhalten hatte – ein beschämendes Beispiel angesichts der horrenden Gewinne. Vorstandsvorsitzender Strube solle diesen Fall zu seiner Chefsache machen. Auch dies wurde abgelehnt – unter Beifall, was die Geisteshaltung der anwesenden Bankvertreter und Führungskräfte der BASF AG kennzeichnet.

Bernhards und Prof. Rochlitzs Thema war auch das mangelnde Sicherheitsmanagement. Rochlitz verlangte Auskunft darüber, ob die sich in den letzten Monaten häufenden Störfälle in Zusammenhang mit dem Arbeitsplatzabbau zu sehen sind. Er wollte wissen, wie viele Personen in den betroffenen Betrieben in den Vorrustand geschickt und nicht ersetzt wurden. Die Antwort mündete in die Standardformel aus den Chefetagen der Chemiekonzerne wonach die 12 Störungen von Anfang 1995 bis heute ausnahmslos zu keiner Gefährdung geführt hätten (bekanntlich waren darunter 1,5 Tonnen krebserregendes Butadien im April '95). Selbstverständlich sei kein Zusammenhang zwischen Personalabbau und den Störfällen gegeben. Bei einer so großen Chemieanlage wie in Ludwigshafen seien Störungen einfach unvermeidlich. Wie beruhigend für Beschäftigte und Bevölkerung! Vorstandsvorsitzender Strube besaß außerdem die Unverfrorenheit, Bestürzung darüber zu heucheln, daß der Personalabbau bei der BASF als brutal bezeichnet werde. Dies wies er entschieden von sich.

Gegenwind bekam er da allerdings von einem ehemaligen BASF-Arbeiter, der offenbar in Frühpension geschickt wurde. Er klagte auch den Betriebsrat an, bei dieser großen Frühpensionie-

Kritische Aktionäre stellen Anträge bei Hauptversammlung der BASF

rungsaktion mitgemacht zu haben, und ließ deutlich erkennen, daß dabei nicht immer Freiwilligkeit im Spiel war. Jede Mark, die er an Arbeitslosengeld mehr bekomme, ziehe die BASF wiederum von ihrer Zusatzzahlung ab. Da sei es kein Wunder, daß in der Öffentlichkeit davon die Rede sei, der Personalabbau geschehe auf Kosten der Versicherungskassen.

Welche Bedingungen herrschen in China?

Ein anderer kritischer Aktionäre wollte genaue Auskünfte über die Arbeits-, Umwelt- und Lohnbedingungen bei den BASF-Joint-Ventures in China haben, schließlich sei eine gute Kapitalrendite auf Dauer keine ausreichende Legitimation. Er verlangte Information, wie die BASF sicherstelle, daß weder bei ihr noch bei den Zulieferern Zwangsarbeiter und Kinder beschäftigt werden. Ob in den Betrieben Gewerkschaften zugelassen seien, welche Emissionen stattfinden, welche Arbeitszeit üblich ist usw. Die Antworten waren mager. Beim Lohn passe sich die BASF an die sozialen Gegebenheiten an, aber die BASF fördere Ausbildungs- und Hausbauprogramme; die in China einzuhaltenden Emissionswerte seien mit denen in Deutschland vergleichbar, und dann die immer wieder zitierte BASF-Vorstands-Floskel, man solle nicht die ganze Welt mit deutschen Rechtsvorschriften beglücken.

Chancen für Schwerbehinderte

Der „Dachverband Kritischer Aktionäre“ betreibt dieses Jahr, gefördert von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt Berlin, eine Kampagne bei vielen Hauptversammlungen von Großkonzernen für mehr Beschäftigung von Behinderten, da viele Betriebe der gesetzlich geforderten Quote, 6 Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Behinderten zu besetzen, nicht nachkommen und stattdessen lieber eine Ausgleichsabgabe bezahlen. In einem umfangreichen Fragenkatalog verlangte Henry Mathews Auskunft über die Behindertenbeschäftigung bei der BASF.

Es stellte sich heraus, daß die BASF gerade mal 3,7% Behinderte beschäftigt, ein weiterer Rückgang der Quote wurde in Aussicht gestellt, da die meisten Schwerbehinderten über 51 seien und das Arbeitsamt keine „qualifizierten Schwerbehinderte melden könne“. Da bezahlt die BASF lieber 1,8 Millionen DM als Ausgleichsabgabe (1995). Daß man auch Behinderte als Auszubildende einstellen könnte, wie es Mathews nahelegte, liegt der BASF ferne. Als „global player“ kann man auf solche Dinge keine Rücksicht nehmen, denn „für uns ist die Gesamtkapitalrendite das Maß der Dinge“ (Strube im Eingangsreferat) – und nicht der Mensch.

So wurden die Gegenanträge der alternativen Aktionäre, die zwar über einen Nominalwert von über 8 Millionen DM verfügten, mit doch überwältigender Mehrheit – die Versammlung repräsentiert 1439 Millionen DM Aktienwerte – abgelehnt. Sicherlich war ihr Auftreten nicht sinnlos; immerhin wurden Themen angesprochen und auch per Presse in die Öffentlichkeit getragen, die den einen oder anderen eventuell über die Geschäftsgebaren und Politik des größten Arbeitsplatzanbieters der Region nachdenklich stimmen könnten. (ede, Kommunal-Info Mannheim)

Angst vor kommunaler Bündnispolitik?

Schädlicher Beschluß des PDS-Vorstandes

Um einen „Maßstab bei der Entscheidung über mögliche Unterstützungen“ von Kommunal-, Landtags- oder Bürgerschaftswahlen in den westlichen Bundesländern zu entwickeln, hat der PDS-Parteivorstand Ende April den unten dokumentierten Beschluß gefaßt. Nebenstehend sind für dieses Thema wichtige Abschnitte des Beschlusses des letzten Parteitags abgedruckt.

In den anderthalb Jahren nach den Bundestagswahlen 1994 hat sich die PDS in westlichen Bundesländern mit erheblichem finanziellen, personellen und materiellen Aufwand der Gesamtpartei an den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 1995, später in Berlin und im März 1996 in einzelnen Städten an den Kommunalwahlen in Bayern (u.a. in Nürnberg) beteiligt. Unbegründet hoch gesteckte Erwartungen wurden nicht erfüllt. Die Ergebnisse führten jedoch zumindest zu Bezirksratsmandaten in Bremen sowie zu einem knappen Scheitern bei der Erreichung eines Ratsmandates in Nürnberg, wobei erstmals nach 1994 im Westen eine Verbesserung des Bundestagswahlergebnisses erzielt wurde. In der Konsequenz wurden falsche Auffassungen von „schnellen Erfolgen bei der Westausdehnung“ in der PDS zurückgedrängt. Zurecht wird immer häufiger von Zeiträumen von vielleicht zehn Jahren gesprochen, in denen die PDS in den westlichen Bundesländern aufgebaut werden muß.

Der letzte PDS-Parteitag hat in einem Beschluß zur Kommunalpolitik festgehalten, daß „für die weitere Entwicklung der PDS die spürbare Erhöhung der kommunalpolitischen Kompetenz und Verankerung in den Kommunen unverzichtbar (ist). Die Gliederungen der PDS in den westlichen Landesverbänden sollten Kontakte und die Zusammenarbeit mit linken alternativen und sozialistischen Gruppierungen, die bereits in kommunalen Vertretungen präsent oder außerparlamentarisch aktiv sind, suchen und weiter vertiefen (...)“. Leider gibt der jetzt gefaßte Beschluß

des Parteivorstandes eine andere Richtung an: „Aus bundespolitischer Sicht“ sei „eine Kandidatur nur dann zu unterstützen, wenn sie eigenständig durch die PDS erfolgt (...)“. Das gilt auch für Listenverbindungen mit anderen Parteien und politischen Vereinigungen, weil sie die Eigenständigkeit der PDS aufheben.“ Die Diskrepanz ist frappierend.

Kommunalwahlen finden als nächstes in Niedersachsen am 15. September 1996 statt, dann folgen Kommunalwahlen in Hessen. In einigen niedersächsischen Städten wie Braunschweig, Oldenburg und Göttingen sind Mandatsträger von „Linken Listen“ seit 1991 im Stadtrat. Nach dem niedersächsischen Kommunalwahlgesetz sind „Listenverbindungen“ möglich. Nach Meinung des Landesvorstandes Niedersachsen der PDS/LL und der betroffenen Kreisverbände sind die unterschiedlichsten Konstellationen möglich und aufgrund örtlicher Verhältnisse politisch unterstützenswert. In Braunschweig wird mit Unterstützung des PDS-Kreisverbandes die „Linke Liste Braunschweig“ kandidieren und das vorhandene Ratsmandat verteidigen. In Oldenburg wird es eine offene Liste der PDS geben, die „in Listenverbindung“ mit der Linken Liste Oldenburg antreten wird. Das niedersächsische Wahlgesetz ermöglicht ein getrenntes Kandidieren von 2 Parteien bzw. Wahlparteien, in einer Unterzeile auf dem Wahlzettel kommt die Listenverbindung zum Ausdruck. Bei der Verteilung der Ratssitze werden die Stimmen der beiden Listen zunächst wie die einer Liste gezählt, bei der Sitzvergabe werden die einzelnen Listen berücksichtigt. In anderen Orten wird die PDS kandidieren. Es gibt keine Fünf-Prozent-Klausel. Aufgrund des relativ günstigen Wahlgesetzes ist ein Ratsmandat beispielsweise in Hannover im Bereich des Möglichen (1,9% Erststimmen bei der Bundestagswahl 1994). Dort wird es voraussichtlich zu einer „Listenverbindung“ zwischen der PDS/Linken Liste und der Linken In-

„Kommunen stärken – Gesellschaft von unten verändern“

Aus dem Beschluß der 2. Tagung des 4. Parteitags der PDS in Magdeburg, Januar 1996

Für die PDS sind die Kommunen nicht die Fortsetzung des Zentralstaates, sondern als Form selbstbestimmter Selbstorganisation des Lebens aller Gemeindeglieder Grundlage jedes Gemeinwesens. In den Kommunen gibt es die Chance einer gesellschaftlichen Erprobung neuer Lebensformen. Die Kommunen können die Kerne einer kleinräumigen, regional weitgehend geschlossenen, dabei vernetzungs- und kooperationsfähigen Reproduktion werden. Solche lebensfähigen, flexiblen Sozialräume können die notwendigen Gegengewichte zu den zentralistischen Strukturen aller wesentlichen Gesellschaftsbereiche abgeben. (...)

Auch in den alten Bundesländern ist die Kommunalpolitik eine wichtige Aufgabe der Landesverbände. Für die weitere Entwicklung der PDS ist die spürbare Erhöhung der kommunalpo-

litischen Kompetenz und Verankerung in den Kommunen unverzichtbar. Die Gliederungen der PDS in den westlichen Landesverbänden sollten Kontakte und die Zusammenarbeit mit linken alternativen und sozialistischen Gruppierungen, die bereits in kommunalen Vertretungen präsent oder außerparlamentarisch aktiv sind, suchen und weiter vertiefen, um gemeinsam Veränderungen im Interesse der Kommunen und der besonders betroffenen zu erreichen. Eine Beteiligung der PDS an Kommunalwahlen sollte sehr gründlich geprüft werden. In Orten, in denen die reale Chance zum Einzug in eine kommunale Vertretungskörperschaft besteht, werden die PDS-Vorstände mit dem Bundesvorstand und dem betreffenden Landesvorstand die Wahlkampfplanung abstimmen und unterstützende Maßnahmen festlegen. (...)

ternationalen Liste Hannover kommen.

Die MV des Kreisverbandes Hannover der PDS/LL hat am 20. Mai einen einstimmigen Beschluß gefaßt, der den Beschluß des Parteivorstandes zurückweist: „(...) Es ist nicht Aufgabe des Bundesvorstandes einer nicht zentralistisch organisierten sozialistischen Partei, Landes- und Kreisverbänden der PDS mit derart rigiden Regeln und Vorschriften in die Gestaltung der Felder Landes- und Kommunalpolitik hineinzureden. Eine Kategorie wie beispielsweise 'Fremdheitsgefühl gegenüber der PDS abbauen' kann nicht Strategie und Taktik von SozialistInnen bestimmen. (...) Eine wie in Punkt 2 (des PV-Beschlusses) geforderte Eigenständigkeit der PDS, die sich nur aus Abgrenzung definiert, ebenso wie die Einführung einer 'bundespolitischen Sicht' zur Überprüfung örtlicher PDS-Politik ist weder aus Parteitagebschlüssen noch aus der Finanzordnung der PDS herzuleiten. Die Form lokaler Bündnisarbeit auf dem Boden der PDS-Beschlüsse bedarf kei-

nerlei Zensurbehörde 'Parteivorstand'."

Der Beschluß des Parteivorstandes ist insofern schädlich, als er nicht die Bedingungen von örtlicher Bündnispolitik und PDS-Entwicklung sowie landespolitischer Besonderheiten berücksichtigt, sondern in zentralistischer Politbüromanie und parteipolitisch klein-kariert PDS-Gliederungen im Westen einen „Königsweg“ verordnet, den es nicht gibt.

Dabei ist angesichts der Stabilisierung des rechten Lagers bei den letzten Landtagswahlen, den weiteren Angriffen auf soziale Standards, der anhaltenden Militarisierung und den Angriffen auf die PDS und Linke im allgemeinen (siehe die jüngsten Verfassungsschutzberichte) die Festigung und Weiterentwicklung einer sozialistischen Bündnispolitik von unten nach den Grundsätzen der Selbstorganisation und Selbstbefreiung nötiger denn je, statt den Eindruck sektiererischer Abnabelung gegenüber möglichen Verbündeten im Westen aufkommen zu lassen. (mio)

Immmer häufiger steht für die PDS in den alten Bundesländern die Frage einer Teilnahme an Kommunal-, Landtags- oder Bürgerschaftswahlen. In dem Zusammenhang werden regelmäßig an östliche Landesverbände der PDS, aber auch an den Bundesvorstand, Bitten zur Unterstützung, darunter auch zur finanziellen Unterstützung herangetragen. Der Bundesvorstand wird sich künftig auf der Grundlage dazu relevanter Parteitagebschlüsse einheitlich von folgenden Maßstäben bei der Entscheidung über mögliche Unterstützungen leiten lassen:

Durch die Beteiligung an Wahlen und vor allem an Wahlkämpfen in den alten Bundesländern besteht die Chance, die PDS in den Kommunen und Ländern der alten Bundesländer bekannt zu machen, ihre Verankerung vor Ort zu erhöhen, Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten zu gewinnen und das Fremdheitsgefühl vieler Menschen in den alten Bundesländern gegenüber der PDS Schritt für Schritt abzubauen. Unabhängig von konkret zu erwartenden Wahlergebnissen kann es deshalb wichtige politische Gründe ge-

ben, sich an Wahlen in den alten Bundesländern zu beteiligen. Aus bundespolitischer Sicht sind allerdings auch bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, damit die genannten politischen Ziele erreicht werden können:

1. Eine PDS-Gliederung, die sich an einer Kommunal- oder Landtagswahl in den alten Bundesländern beteiligt,

Zur Wahlteilnahme in den alten Bundesländern

Beschluß des Parteivorstandes der PDS vom 29. April 1996

müßte bereits längere Zeit vorher in der Kommunal- bzw. Landespolitik aktiv geworden sein. Gliederungen, die sich ausschließlich mit bundespolitischen, europapolitischen und globalen Fragen beschäftigen und sich an innerparteilichen Auseinandersetzungen beteiligen, so wichtig dies alles ist, werden in einem Kommunal- oder Landtagswahlkampf nicht glaubwürdig auftreten können. Die Menschen müssen spüren, daß die PDS vor Ort sich schon seit längerem auch für die Probleme vor Ort interessiert und diesbezüglich alternative Vorschläge unterbreitet. Eine solche Beschäftigung mit kommunal- bzw.

landespolitischen Fragen ist auch die Voraussetzung dafür, ein überzeugendes kommunal- bzw. landespolitisches Programm erarbeiten und den Wählerinnen und Wählern vorlegen zu können.

2. Eine Kandidatur ist durch den Bundesvorstand nur dann zu unterstützen, wenn sie eigenständig durch die PDS

erfolgt. Für eine finanzielle Unterstützung ist dies durch die Finanzordnung der PDS vorgeschrieben. Das gilt für den Namen einer Liste, für die personelle Besetzung und die politischen Inhalte. Jede andere Form der Beteiligung an Wahlen, die sich vor Ort durchaus als nützlich erweisen kann, erfüllt aus bundespolitischer Sicht jedenfalls nicht den Zweck, die politische Eigenständigkeit der PDS zu unterstreichen und zu entwickeln, die PDS vor Ort zu verankern und die Fremdheitsgefühle gegenüber der PDS abzubauen. Das gilt auch für Listenverbindungen mit anderen Parteien und politischen Ver-

einigungen, weil sie die Eigenständigkeit der PDS aufheben. Es ist deutlich zwischen Aktionsbündnissen und Wahlbündnissen zu unterscheiden. Abgesehen davon kann ein Wahlbündnis vor Ort unproblematisch erscheinen, bundespolitisch aber eine ganz andere Wirkung nach sich ziehen.

3. Aufwand und Nutzen müssen in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Dabei ist der „Nutzen“ nicht ausschließlich am Wahlergebnis, sondern auch an den o.g. Kriterien zu messen. Es ist

aber zu berücksichtigen, daß das Geld, das zur Unterstützung der Wahlkämpfe in den alten Bundesländern ausgegeben wird, für zentrale Wahlkämpfe nicht mehr zur Verfügung steht. Der Bundesvorstand ist gegenüber der Gesamtpartei rechenschaftspflichtig. Deshalb ist für seine Entscheidung bedeutsam, welcher „Nutzen“ für die Gesamt-PDS durch die Beteiligung an der Kommunal- bzw. Landtagswahl entsteht. Der Bundesvorstand verlangt, daß entsprechend der Finanzordnung die Höhe der Kosten vorab so exakt wie möglich geplant und bei Ausgaben strikte Finanzdisziplin gewahrt wird.

Ich = Ich, kommunistisch geretteter Gottesdienst und roter Stern

Schellings Philosophie im materialistischen Rückspiegel

„Eine Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist.“ Karl Marx



„Ein Mann von mittlerer Statur, mit weißem Haar und hellblauem, heiterem Auge, dessen Ausdruck eher ins Muntere als ins Imponierende spielt, und vereint mit einigem Embonpoint, mehr auf den gemütlichen Hausvater als auf den genialen Denker schließen läßt, ein hartes, aber kräftiges Organ, schwäbisch-bayrischer Dialekt mit beständiger 'eppes' für etwas, das ist Schellings äußerliche Erscheinung.“ Friedrich Engels, Schelling über Hegel, MEW EB 2, S. 164

Auf einen Winterabend im Jahreswechsel 1796/1797, also vor knapp 200 Jahren, wird ein Dokument datiert, das zu den bedeutendsten der Philosophiegeschichte gehört, wenngleich es kaum länger als drei Manuskriptseiten sein dürfte. Die Autorenschaft dieses kurzen Textes ist nicht ganz geklärt, fast anekdotenhaft verklärt; vermutet wird, daß sich an diesem Abend etwa folgendes zugegetragen haben muß: Drei junge Studenten, Zimmergenossen im Tübinger Stift, die an der Universität schon mit Sympathiebekundungen für die revolutionären Vorgänge in Frankreich, unter anderem durch Übersetzung der *Marseillaise* ins Deutsche, skandalträchtig geworden sind, formulieren nicht weniger und nicht mehr als ein „Systemprogramm.“ Bei den drei Studenten handelt es sich um den 1770 geborenen Georg Wilhelm Friedrich Hegel, den im selben Jahr geborenen Friedrich Hölderlin und den fünf Jahre jüngeren Friedrich Wilhelm Joseph von Schelling.

Bedeutung hat dieses Dokument nicht zuletzt vor allem auch durch den Kontrast zu den späteren Arbeiten der drei Denker. Wenn in dem Schriftstück zu lesen ist, „über den Staat hinaus“ zu gehen, (H 234) so ist leicht einzusehen, daß dies nicht einer Hegelschen Sozialphilosophie der bürgerlichen Gesellschaft entsprechen kann, die im preußischen Staat ihre Erfüllung findet, nicht Hölderlin, der schon 1804 ausrufen soll, „Es lebe der König!“, und auch dem späteren Schelling entspricht, dessen Spätphilosophie von romantischer Mythologie geprägt sein wird.

Und doch hätte dieses Dokument, das unter dem Titel *Das jüngste Systemprogramm des deutschen Idealismus* in die Werke Hegels mit aufgenommen ist

(obwohl Schelling die Hauptautorenschaft zugeschrieben wird) nicht zu derartiger Bedeutung gelangen können, wenn nicht Spuren seines Inhaltes sich in der nachfolgenden kritischen Philosophie festgesetzt hätten, auch bei Hegel, Hölderlin, und Schelling.

Daß die dialektische Philosophie Hegels, trotz preußischem Staat und Weltgeist-Idealismus, noch einmal im konkreten, Wirklichkeit gewordenen Geist der Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnisse materialistisch dialektisiert werden könnte, wissen wir von Marx. Von produktiver Bearbeitungsmöglichkeit der idealistischen Philosophie Schellings ist indes wenig bekannt, aber durchaus vorhanden.

Es gibt eine Erklärung dafür, daß Schellings Vorlesungen von Feuerbach, Engels und Bakunin mit Interesse besucht wurden (Bakunin 1891: „Im Laufe des Sommers habe ich viel von [Schelling] gelesen und fand darin eine so unermeßliche Tiefe des Lebens, des schöpferischen Denkens...“).

Daß mithin Habermas' Satz, „Schelling ist kein politischer Denker,“ nicht ganz richtig sein kann, vermochte Marx aufzuheben: „Schelling hat nicht nur die Philosophie und Theologie, er hat die Philosophie und Diplomatie zu vereinen gewußt. Er hat die Philosophie zur allgemeinen diplomatischen Wissenschaft gemacht, zur Diplomatie für alles. Ein Angriff auf Schelling ist also indirekt ein Angriff auf unsere gesamte und namentlich auf die preußische Politik. Schellings Philosophie ist die preußische Politik sub specie philosophiae [im Lichte der Philosophie].“ (MEW 27, 420)

Im *Systemprogramm* finden sich nicht unwichtige Ideen emanzipatorisch-utopischer Gesellschaftstheorie, die – wie

gesagt – im nachhinein so ungewöhnlich sind für Schelling. Unter dem Zentralgedanken einer „Mythologie der Vernunft“ wird hier die Utopie anvisiert: „Gleiche Ausbildung aller Kräfte, des Einzelnen sowohl als aller Individuen. Keine Kraft wird mehr unterdrückt werden. Dann herrscht allgemeine Freiheit und Gleichheit der Geister.“ (H 236) Fernerhin: Vom Staat kann es keine Idee geben, denn der Staat ist etwas Mechanisches. „Nur was Gegenstand der Freiheit ist, heißt Idee.“ Aber „jeder Staat muß freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; und das soll er nicht; also soll er aufhören.“ (H 234f.) Geht dies zusammen mit den heute für uns so dunkel-weltfern klingenden Formeln einer *Philosophie der absoluten Identität* (in Anlehnung an die *Philosophie des absoluten Ichs* (Fichte) und der *Philosophie des absoluten Geistes* (Hegel)? Das Bürgertum hat sich – dafür steht ja das Revolutions- und Aufklärungszeitalter – gerade von der Feudalmacht soweit befreit, daß es nun ökonomisch wie auch ideologisch alles daran setzen kann, seine neu gewonnene Position zu behaupten. Es brauchte eine Instanz, die imstande war, die Freiheit der einen und zugleich die Unfreiheit der anderen zu erklären, die vermochte, den Zustand der Welt, wie sie nun einmal geworden ist, als notwendig zu erklären, aber dennoch als Akt des menschlichen Selbstbewußtseins. Diese Instanz ist bei Fichte nun das sich selbst setzende Ich, bei Hegel die Bewegung des Geistes vom subjektiven (das Einzelvermögen) zum objektiven (Kultur, Sittlichkeit) zum absoluten Geist (idealer, reiner göttlicher Geist). Bei Schelling heißt dies Identität, A=A: „Sey absolut – identisch mit dir selbst.“ (AS 1, S. 89) Das Wesen dieses

Ich = Ich, wie Schellings es ausdrückt, ist jene Freiheit, die wir auch schon aus dem *Systemprogramm* kennen: positiv als „absolute Selbstmacht“, negativ als „gänzliche Unabhängigkeit.“ (AS 1, 69) Der Hauptumfang der Schellingschen Philosophie, was die jetzt neu aufgelegten sechs Bände ausgewählter Schriften noch einmal verdeutlichen, gilt der Frage nach dem einen, einzigen Prinzip der Einheit des Ganzen, die in Identität gegründet und unendlich ist. Schelling möchte „einen Punkt finden, in welchem das Objekt und sein Begriff, der Gegenstand und seine Vorstellung unsperrlich, schlechthin und ohne alle Vermittlung Eins sind“ und hofft, „den Punkt zu finden, wo Subjekt und Objekt unvermittelt Eines sind.“ (AS 1, 432) Nun hatte Hegel mit weit weniger Idealismus die Entzweiung von Subjekt und Objekt durch die Geschichte erkannt, wovon Schelling nichts wissen möchte, weshalb sein letzthin Eines sich in Gott und Mystik verliert und Marx „den Herrn Schelling [rät], seiner ersten Schriften sich wieder zu besinnen.“

Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus

(1796 oder 1797)

– eine Ethik. Da die ganze Metaphysik künftig in die Moral fällt – wovon Kant mit seinen beiden praktischen Postulaten nur ein Beispiel gegeben, nichts erschöpft hat –, so wird diese Ethik nichts anders als ein vollständiges System aller Ideen oder, was dasselbe ist, aller praktischen Postulate sein. Die erste Idee ist natürlich die Vorstellung von mir selbst als einem absolut freien Wesen. Mit dem freien, selbstbewußten Wesen tritt zugleich eine ganze Welt – aus dem nichts hervor – die einzige wahre und gedenkbare Schöpfung aus Nichts. – Hier werde ich auf die Felder der Physik herabsteigen; die Frage ist diese: Wie muß eine Welt für ein moralisches Wesen beschaffen sein? Ich möchte unserer langsamen, an Experimenten mühsam schreitenden Physik wieder Flügel geben.

So, wenn die Philosophie die Ideen, die Erfahrung die Data angibt, können wir endlich die Physik im Großen bekommen, die Ich von späteren Zeitaltern erwarte. Es scheint nicht, daß die jetzige Physik einen schöpferischen Geist, wie der unsrige ist oder sein soll, befriedigen könne.

Von der Natur komme ich aufs *Menschenwerk*. Die Idee der Menschheit voran, will ich zeigen, daß es keine Idee vom Staat gibt, weil der Staat etwas Mechanisches ist, so wenig als es eine Idee von einer Maschine gibt. Nur was Gegenstand der Freiheit ist, heißt Idee. Wir müssen also über den Staat hinaus! – Denn jeder Staat muß freie Menschen als mechanisches Räderwerk behandeln; und das soll er nicht; also soll er aufhören. Ihr seht von selbst, daß hier alle die Ideen vom ewigen Frieden usw. nur untergeordnete Ideen einer höheren Idee sind. Zugleich will ich hier die Prinzipien für eine Geschichte der Menschheit niederlegen und das ganze elende Menschenwerk von Staat, Verfassung, Regierung, Gesetzgebung bis auf die Haut entblößen. Endlich kommen die Ideen von einer moralischen Welt, Gottheit, Unsterblichkeit, – Umsturz alles Aberglaubens, Verfolgung des Priestertums, das neuerdings Vernunft heuchelt, durch die Vernunft selbst. – Absolute Freiheit aller Geister, die die intellektuelle Welt in sich tragen und weder Gott noch Unsterblichkeit außer sich suchen dürfen.

Zuletzt die Idee, die alle vereint, die Idee der Schönheit, das Wort in höherem platonischem Sinne genommen. Ich bin nun überzeugt, daß der höchste Akt der Vernunft, der, in dem sie alle

Ideen umfaßt, ein ästhetischer Akt ist und daß Wahrheit und Güte nur in der Schönheit verschwistert sind. Der Philosoph muß ebensoviel ästhetische Kraft besitzen als der Dichter. Die Menschen ohne ästhetischen Sinn sind unsere Buchstabenphilosophen. Die Philosophie des Geistes ist eine ästhetische Philosophie. Man kann in nichts geistreich sein, selbst über Geschichte kann man nicht geistreich raisonnieren – ohne ästhetischen Sinn. Hier soll offenbar werden, woran es eigentlich den Menschen fehlt, die keine Ideen verstehen – und treuherzig genug gestehen, daß ihnen alles dunkel ist, sobald es über Tabellen und Register hinausgeht.

Die Poesie bekommt dadurch eine höhere Würde, sie wird am Ende wieder, was sie am Anfang war – *Lehrerin der Menschheit*; denn es gibt keine Philosophie, keine Geschichte mehr, die Dichtkunst allein wird alle übrigen Wissenschaften und Künste überleben.

Zu gleicher Zeit hören wir so oft, der große Haufen müsse eine sinnliche Religion haben. Nicht nur der große Haufen, auch der Philosoph bedarf ihrer. Monotheismus der Vernunft und des Herzens, Polytheismus der Einbildungskraft und der Kunst, dies ist's, was wir bedürfen.

Zuerst werde ich hier von einer Idee

sprechen, die, soviel ich weiß, noch in keines Menschen Sinn gekommen ist – wir müssen eine neue Mythologie haben, diese Mythologie aber muß im Dienste der Ideen stehen, sie muß eine Mythologie der Vernunft werden.

Ehe wir die Ideen ästhetisch, d.h. mythologisch machen, haben sie für das Volk kein Interesse; und umgekehrt, ehe die Mythologie vernünftig ist, muß sich der Philosoph ihrer schämen. So müssen endlich Aufgeklärte und Unaufgeklärte sich die Hand reichen, die Mythologie muß philosophisch werden und das Volk vernünftig, und die Philosophie muß mythologisch werden, um die Philosophen sinnlich zu machen. Dann herrscht ewige Einheit unter uns. Nimmer der verachtende Blick, nimmer das blinde Zittern des Volks vor seinen Weisen und Priestern. Dann erst erwartet uns gleiche Ausbildung aller Kräfte, des Einzelnen sowohl als aller Individuen. Keine Kraft wird mehr unterdrückt werden. Dann herrscht allgemeine Freiheit und Gleichheit der Geister! – Ein höherer Geist, vom Himmel gesandt, muß diese neue Religion unter uns stiften, sie wird das letzte größte Werk der Menschheit sein.

aus: G.W.F. Hegel, Werke in zwanzig Bänden. Bd. 1 (Frühe Schriften). Theorie Werkausgabe, Suhrkamp Verlag, S. 234-236

„Anweisung zum seligen Leben“ – Eine Einführung in die Philosophie Schellings

In der sowieso schon durch einige ausgezeichnete und luzide Einführungen und Darstellungen hervorgerufenen Reihe „Denker“ des Münchner Beck-Verlags ist nun auch ein Band zur Schellingschen Philosophie erschienen, der sich für eine erste Begegnung mit der äußerst komplexen und schwergängigen Theorie eignet.

In dem Buch findet sich eine erste Annäherung an die Identitätsphilosophie durch eine biographische Darstellung, die Schellings Werdegang darstellt und zeitgeschichtliche Umstände erläutert. Als Einstieg in die Philo-

sophie Schellings haben die Autoren sich dieselben Probleme der Theorie genommen, die auch für Schelling den Anlaß zur Entwicklung seines Denkbauhauses hergaben. So stehen, sowohl Ausführungen zur theoretischen Situation der Philosophie nach Kant im Mittelpunkt wie auch Darstellungen einiger Denker und Denktraditionen – Jakob Böhme, jüdisch-kabbalistische Tradition, Mystik etc. –, die Schelling nachhaltig beeinflusst haben.

Die Kapitel zur Schellingschen Philosophie sind in die drei Haupttheoreme gegliedert: Naturphilosophie, die menschliche Freiheit sowie die Philosophie der „Weltalter“ – Hintergrund bildet insgesamt Schellings Idee des Absoluten. Auch sonst vernachlässigte Aspekte der Philosophie Schellings,

die Politik etwa oder der Einfluß von und auf Naturwissenschaften werden behandelt.

Die Wirkungsgeschichte haben die beiden Autoren zwar knapp, aber doch hinreichend stichwortgebend abgehandelt, so daß jeder, der nach der Lektüre informiert und noch interessiert ist, sich selbst auf die Suche nach weiteren Spuren machen kann. Hilfreich dafür sind, wie bei dieserlei Einführungsbüchern ja üblich, die umfangreichen Literaturangaben zur weiterführenden Literatur. Die Listen sind nach den einzelnen Themen der Schellingschen Philosophie gegliedert. (rob)

Hans Michael Baumgartner / Harald Korten, Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Verlag C.H. Beck'sche Reihe Denker: München 1996, 262 S., 24,- DM

(MEW EB1, 368) in denen es noch ohne „Alles ist ursprünglos, ewig in Gott“ (AS 3, 646) zugeht.

Der Idealismus hatte sich nicht zuletzt deshalb für materialistische Erbschaft so sehr geeignet, weil seine Begriffe von Ideal, Anschauung, Begriffsbildung nicht passiv-rezeptiv gemeint waren, sondern – „Das Wesen des Ideals ist Tätigkeit“ (AS 2, 453) – aktive Handlungen bedeuteten. Und so verwundert es nicht, das Erbschaft Schellings im ganz anderen Bezirk versteckt zu finden: in der Kunst, und selbst – abzüglich der *verklärten* Romantik – in seiner Mythologie. Anders als Hegel, dessen Vernunftbewegung die Kunst hinter sich läßt, stellt Schelling die Kunst mitunter sogar über die Philosophie und spricht ihr zu, das Absolute unmittelbar erfassen zu können. Wenn in dem *Ältesten Systemprogramm* eine „Mythologie der Vernunft“ gefordert ist, dann vor dem Hintergrund, die „Mythologie philosophisch ... und das Volk vernünftig“ zu machen und „die Philosophie mythologisch, um die Philosophen sinnlich zu machen,“ wobei mythologisches und ästhetisches gleichgesetzt werden. (H 236) Man vergleiche hier Zitate aus der *Philosophie der Kunst* (1802-5): „Notwendigkeit und Freiheit verhalten sich wie Bewußtloses und Bewußtes. Kunst beruht daher auf der Identität der bewußten und der bewußtlosen Tätigkeit.“ (AS 2, 212) „Musik, Gesang, Tanz, wie alle Arten des Drama leben selbst nur im öffentlichen Leben und verbün-

den sich in diesem. Wo dieses verschwindet, kann statt des realen und äußerlichen Dramas, an dem, in allen seinen Formen, das ganze Volk, als politische oder sittliche Totalität, Theil nimmt, ein *innerliches*, ideales Drama allein noch das Volk vereinigen. Dieses ideale Drama ist der Gottesdienst, die einzige Art *wahrhaft* öffentlicher Handlung.“ (AS, 564) Nun gehört zu den stärksten Motiven der kritischen Theorie, daß sie traditionelle Theorie auch dadurch zu zerlegen und aufzuheben weiß, indem sie sie beerbt, vom Kopf auf die Füße stellt, also letztlich zur Verwirklichung in Praxis bereit macht. Wir lesen also die zitierten Sätze als Atheisten, die von der Religion zumindest das Gottesreich als Utopiewunsch der Menschen retten. Wir lesen die Sätze im Bewußtsein eines sozialen Krisenzustands, in dem die Kunst durchaus Statthalter politischer Utopie sein könnte, in dem sie aber selbst schon von der Krise heimgesucht wurde. Wir lesen diese Sätze als Sozialisten, die *Volk als Menschheit* übersetzen, die Gottesdienst schließlich säkularisiert als Ort des Kommunismus deuten. Mit diesen Rückübersetzungen können wir Einblick in das gewinnen, was das „innere Drama“ (drama, griech. = Handlung, Geschehen) auch bedeuten könnte, was die Einheit von Bewußtem und Bewußtlosem auch zu meinen vermag, was letztlich eine auf den materialistischen Grund gebrachte, Schellingsche „Mythologie“ sein könnte: Geschichte, und

zwar Geschichte des realen Humanismus.

Schellings Philosophie, die Kunst, Mythologie, Vernunft, überhaupt alles auf der Suche nach der absoluten Identität vereint, macht – anders als die Hegelsche Geschichtsphilosophie der unbedingten Vernunftwerdung – sensibel für die Hohlräume des Un- und Nichtvernünftigen in der Geschichte, die gerade der Kommunismus bislang nicht erklären konnte, obgleich er sie buchstäblich auf seine Fahnen geschrieben hat: der Stern, die rote Farbe, geballte Faust, auch weit leidenschaftlichere Symbolik, überhaupt das in die Politik gebrachte Gefühl, die Menschlichkeit, der freundschaftliche Ton unter Genossen, Zeichen und Gesten, auch Erinnerungen, die uns viel bedeuten, die dazu gehören, obgleich sie keinen systematischen Platz der Theorie zu haben scheinen, all das gehört hierher. Wir haben die Logik dieser verborgenen, symbolgeladenen Seitenpfade des Denkens, Wünschens und Wollens bislang noch nicht erklären können, was vielleicht über Schelling gelingen kann; wohl gibt es aber einen materialistischen Begriff, nämlich den der *menschlichen Bedürfnisse* – und auf die idealistischen Begriffe von Kunst und Mythologie könnte so verzichtet werden. (rob)

Friedrich Wilhelm Joseph von Schelling, *Ausgewählte Schriften* in 6 Bänden, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1995 (= AS) Hegel (Schelling, Hölderlin), *Das älteste Systemprogramm des deutschen Idealismus*, in: Hegel, Werke Bd. 1, Frankfurt/M. 1971 (= H)

TERMINE

1./2.6.: Braunschweig: VVN-Bundeskongreß

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel auf dem Höhenlo in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Medienspektakel, Naumannstr. 4, 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue FDP-Programm

14.-16.6.: Erfurt: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

15.6.: Bundesweite Demonstration gegen den Sozialabbau, Bonn.

15.6. Demonstration „Frieden jetzt! Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und türkischen Volkes! in Hamburg. Es rufen auf GAL, PDS, VVN, IG Medien, GEW, kurdische und türkische Vereine.

16.6.: Präsidentschaftswahlen in Rußland

22./23.6.: Bordieu-Seminar der AG BWK By in Schweinfurt, DFG-VK-Büro, Gabelsberger Str. 1, 97421 Schweinfurt. Anmeldungen ebenfalls, z. Hd. C. Seitz.

26./27.6.: G-7 Gipfel in Lyon, Frankreich.

26.-30.7.: 2. Europäischer Friedenserziehungs-

kongreß in Lillehammer (Norwegen). Mit PädagogInnen, Gewerkschaftern, Friedensforschern und Vertretern des Europarats. Infos über Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel. u. Fax: 040/6015212.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FfM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thüringen.

Die Kurse beginnen am 1.8. um 14 Uhr und enden am 4.8. gegen Mittag.

Wie stets finden drei Kurse statt:
AG Philosophie: Antisemitismus und andere völkische Ideologien, die bei der Herausbildung der deutschen Nation eine wesentliche Rolle spielten.
AG Geschichte: 40 Jahre KPD-Verbot
AG Wirtschaft: Kommunales Wirtschaften Eine ausführlichere Beschreibung wird im der übernächsten Ausgabe beiliegenden „Rundbrief der ARGE“ gegeben. Trotzdem bitten wir alle, die die Teilnahme schon eingepplant haben, um rasche Anmeldung bei Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. (040)-381303, Fax (040) 3898331.

14.8.: In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Verel-

nigung“ (angebl. Verstoß gegen §129 StGB)

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt: „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14.9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: ÖTV-Gewerkschaftstag

12./13.10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongressbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

26./27.10.: Herbst-Arbeitstreffen der KAZ-Gruppe im Raum Heidelberg. Infos bei KAZ-Redaktion, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

5. November: US-Präsidentschaftswahlen

14.-16.11.: a.o. DGB-Bundeskongreß in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

24.-26.1.97: 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS in Schwerin

Marz 1997: Kommunalwahlen in Hessen

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31.

Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/458 37 93 Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/502 81 12.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift:

Horst Waffenschmidts Wundertüte

Ausgepackt von
Renate Hennecke

Dr. Horst Waffenschmidt, Staatssekretär im Bonner Innenministerium und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, legte kürzlich dem Deutschen Bundestag den „Bericht der Bundesregierung über ihre Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gem. § 96 BVFG“ in den Jahren 1991 und 1992“ vor, ergänzt durch die „Fort-schreibung des Aktionsprogramms des Bundesministeriums des Innern (!) zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens in den Jahren 1994 bis 1999“.

Waffenschmidt selbst, der sich – rein privat, versteht sich – auch als Verwaltungsratsmitglied des Vereins für das Deutschum im Ausland (VDA) betätigt, kann sich zugute halten, im Berichtszeitraum Erhebliches für die Förderung deutscher Kultur im in- und ausländischen Inland geleistet zu haben. So z.B. bei seiner Reise nach Odesa im Sommer 1992, über die er in seinem Buch „Vergeßt die vielen Wunder nicht!“ berichtet:

„Die siebzig Delegationsmitglieder waren mit einer Sondermaschine der Bundeswehr und ihrer neunköpfigen Crew aus dem Wolgagebiet gekommen, um mit den ukrainischen Behörden über Ansiedlungsmöglichkeiten für 500 000 Rußlanddeutsche im Odessagebiet und Umgebung zu verhandeln. Zunächst aber, am Sonntag, den 12. Juli, stand ein ökumenischer Gottesdienst auf unserem Programm, den wir nie vergessen werden...“ Dabei ergriff auch Waffenschmidt das Wort. Er nahm „als Ausgangspunkt Psalm 23, um den Anwesenden von Gottes Wort her Mut zu machen. (...) Mit fröhlichem Herzen

konnte ich der Gemeinde zurufen: Vergeßt die vielen Wunder nicht, die Gott, unser Herr, in den letzten Jahren an uns in Europa getan hat!“

Um die neuen Aufgaben und Perspektiven kultureller Art, die sich eröffnet haben, seit Gott die Mauer fallen ließ und den Eisernen Vorhang zerriß, ging es auch im Sommer 1991 auf der Landesversammlung der Landeskirchlichen Gemeinschaften von Sachsen in Chemnitz zum Thema „Christlicher Glaube und politische Verantwortung“. Waffenschmidt war dazu als fachkundiger Referent geladen, ist er doch auch Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU. Er berichtet: „Als mich Bruder Albrecht, der Vorsitzende der Landeskirchlichen Gemeinschaften, am Hubschrauber abholte, sagte er mir: ‚Sie werden sich darauf einstellen müssen, daß unsere Brüder und Schwestern heute auch viele kommunale Anliegen an Sie herantragen werden, denn viele von ihnen sind Bürgermeister, Landräte, Kreistagsabgeordnete oder Gemeindevertreter.‘ Ich war zunächst überrascht, als ich das hörte, aber dann freute ich mich. Denn diese Situation war wieder ein Wunder. Ich kam ja hier in einen Kernbereich der ehemaligen DDR. Die Kommunisten hatten ihre neue Welt aufbauen wollen und als sichtbares Zeichen dafür eine ganze Stadt – Chemnitz – in ‚Karl-Marx-Stadt‘ umgetauft. Und jetzt hatte diese Stadt ihren alten Namen wiederbekommen, in aller Freiheit fand in ihr eine Landesversammlung der Landeskirchlichen Gemeinschaftskreise statt, ein Staatssekretär der Bundesregierung

plätzen, mit sozialen Einrichtungen und Finanzierungsproblemen befaßt waren. Lange und intensiv haben wir diskutiert. Hier wurde es konkret, wie Gottes Liebe und praktische Nächstenliebe unmittelbar zusammengehören. Als ich am Abend auf der Heimreise war, mußte ich wieder denken: Vergeßt die vielen Wunder nicht! Die alten Mächtigen waren gestürzt. Viele Bürgermeister und Landräte, die nichts von Gott wissen wollten, hatten ihr Amt verloren, und eben dieser Gott hatte jetzt Christen eine Möglichkeit gegeben, in Verantwortung vor ihm und vor ihren Mitmenschen ganz neu Schulpolitik zu gestalten, Kindergärten einzurichten, alten Menschen zu helfen und jungen Arbeitslosen eine Zukunft zu geben. Welch ein Geschenk!“

Die Bonner Kultur fördert Horst Waffenschmidt durch seine regelmäßige Teilnahme an dem seit 1980 existierenden Gebetskreis speziell für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages: „Im Grunde ist auch dieser Gebetskreis ein Wunder Gottes, denn wo sonst gibt es in der harten politischen Arbeit in Bonn einen Ort, wo Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen auch einmal über ihre Schwächen, Sorgen und Nöte sprechen können? Hier im Gebetskreis ist es möglich... Ich glaube, daß dieser Gebetskreis an manchen Stellen auch für unsere Parlamentsarbeit ein Segen ist. Menschen, die morgens miteinander gebetet haben, werden anders miteinander umgehen, als wenn sie nicht gebetet hätten.“ (Geheimtip für die PDS-Abgeordneten: Nicht ärgern, wenn Ihr ständig im Bundestag so unflätig ange-macht werdet! Lieber mit Horst Waffenschmidt beten – und staunen!) „... Es ist so wichtig, daß wir das Staunen nicht verlieren und einfach zum Alltag übergehen. Und gerade von den neuen Kollegen aus den neuen Bundesländern, für die so vieles noch nicht zur Routine geworden ist, können wir manches lernen. Immer wieder muß ich meine Hände falten und einfach danken, daß dies alles möglich wurde. Gott, der Herr der Geschichte, hat uns gerade bei der deutschen Wiedervereinigung gezeigt, daß er Dinge tun kann, die kein Mensch für möglich hielt.“

Horst Waffenschmidt hält noch vieles für möglich. So besuchte er Anfang April 1992 die deutsche Minderheit in Polen. Wieder war ein ökumenischer Gottesdienst vorgesehen:

„Und dann kam also der Tag, wo Bischof Nossol und ich im Dom von Oppeln gemeinsam vor einer großen Gemeinde standen (...) Gemeinsam sangen wir bekannte Kirchenlieder. Bischof Nossol, der den Gottesdienst auf polnisch und

Betet für Bonn betet für Deutschland



Mit Vorwort von
Prof. Dr. Karl Carstens

Horst Waffenschmidt

Horst Waffenschmidt, *Betet für Bonn – betet für Deutschland*. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Karl Carstens. Hänssler Verlag, Neuhausen-Stuttgart, 1995 (11. Aufl. 1990). ISBN 3-7751-1547-1. DM 7,95.

deutsch hielt, las zu Beginn aus meinem Buch „Betet für Bonn, betet für Deutschland“ vor. In unserer Ansprache an die Menschen im Dom betonten Bischof Nossol und ich die große Aufgabe und Verantwortung der Christen bei der Gestaltung des neuen Europas.“

45,5 Millionen DM sind in diesem Jahr für die Förderung der deutschen Kultur des Ostens eingeplant. Das bedeutet eine Verzehnfachung seit 1984, wie die SPD-Abgeordnete Gisela Schröter bemerkte. Immerhin hat sich auch die Zahl der Wunder in diesen Jahren vervielfacht. Waffenschmidt nach seiner Moskau-Reise im Oktober 1991:

„Als ich nach diesen Verhandlungen das ehemalige Haus der KPdSU verließ, mußte ich innehalten und Gott im stillen danken. Welch ein Wandel in so kurzer Zeit! Die einstmalen allmächtigen kommunistische Partei war verboten, ihr riesiges Vermögen zugunsten des Staates eingezogen worden. Ein Machtapparat, der jahrzehntelang in weiten Teilen der Welt Spannungen, Angst und Unterdrückung verbreitet hatte, bestand nicht mehr. Man hat viele Erklärungen zu geben versucht, warum ein solches System auf die Dauer gar nicht überleben konnte, und sie haben sicher ihr Stück Berechtigung. Aber die letzte Erklärung ist doch wohl diese: ‚Der Herr tut Wunder‘ (Psalm 98,1).“

- (1) Bundesvertriebenenförderungsgesetz.
- (2) Horst Waffenschmidt, *Vergeßt die vielen Wunder nicht!* – Abschnitt: Bruderschaft am Schwarzen Meer.
- (3) a.a.O., Abschnitt: Gott ließ die Mauer fallen.
- (4) a.a.O., Abschnitt: Gott kennt auch die Bürgermeister.
- (5) a.a.O., Abschnitt: „Wenn ich nicht bete, fehlt mir etwas“.
- (6) a.a.O., Abschnitt: Deutsch-polnische Begegnung.
- (7) Bundestagsprotokoll, 14.4.1996.
- (8) Waffenschmidt, a.a.O., Abschnitt: Mehr als Tapetenwechsel.

Der Beitrag erscheint auch in der kommunistischen Arbeiterzeitung KAZ Nr. 278

Vergeßt die vielen Wunder nicht!



Geleitwort von Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Horst Waffenschmidt

Horst Waffenschmidt, *Vergeßt die vielen Wunder nicht!* Mit einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Hänssler Verlag, Neuhausen-Stuttgart, 1993. ISBN 3-7751-1876-4. DM 7,95.